

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Einzelraten in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:  
Leipzig  
Gerberstraße 1, IV., Viktoriahotel  
Telephon 7503.

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreispaltige Kleinzeile 2.— M.  
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einbindung der Kosten aufgenommen.

Nr. 52.

Sonnabend, den 25. Dezember 1920.

24. Jahrgang

## Weihnachten!

Weihnachtsträume, naht ihr wieder  
Mit verlockender Gewalt!  
Nein: Die Menschen sind nicht Brüder!  
Bleiben sonst die Herzen kalt,  
Die uns tief im Elend schauen,  
Von der Not gepölscht aufs Blut,  
Wo an unfrem Herd das Grauen  
Und der bleiche Hunger ruht!

Weihnachtsstimmen . . . Soll Verzeihen  
Nicht die Weihnachtsmahnung sein!  
Soll die Menschheit nicht sich krönen  
Mit der Liebe Heil'genschein!  
Aber unsre Feinde kennen  
Wohl die große Liebe nicht,  
Und am Völkertimmel brennen  
Lassen sie kein Freundschaftslicht!

Kerzen steht da strahlend leuchten,  
Doch die Welt ist wund und arm,  
Und ein Heer der Notgebeugten  
Schleppt an Bürden, keucht voll Harm . . .  
Ach, die Weihnachtskerzen blinken  
Nicht in ihre bittere Not, —  
Und die müden Arme sinken, —  
Und die Lippen schreien nach Brot . . .

Glocken hörst du zitternd klingen . . .  
Glocken, läutet ihr dem Glück!  
Wollt ihr Freud und Frieden bringen  
Allem menschlichen Geschick!  
Ach wie hofften und wie harreten  
Auf Erlösung aus der Pein!  
Müde sorgten das Erwarten  
Wir auf bessere Zukunft ein . . .

Duft von grünen Nadelstannen  
Ward uns ein Verheißungshauch, —  
Doch die Träume, die wir spannen,  
Lösen sich in kalten Rauch!  
Kaum das äußerste zum Leber  
Blieb uns. Grausam kalt und hart  
Hat mit Eis und Frost umgeben  
Uns der Fluch der Gegenwart!

Weihnachtszauber, deine Weihe  
Siehe über alle Welt!  
Mach, daß Haß dem Haß verzeihe  
Und daß jede Schranke fällt!  
Glocken, wollt ihr jubelnd hallen?  
Kündet laut, wir stehn bereit:  
Allen Menschen Wohlgefallen,  
Frieden und Gerechtigkeit!

L. Lessen.

## Eine Weihnachtsbetrachtung.

Fernab liegt uns die Zeit, als es noch ein bescheidenes Weihnachtsfest auch für die Armen gab. Da war der Weihnachtsstich festlich geschmückt und schlichte Geschenke waren unter dem Lichterbaum ausgebreitet. War es auch nicht prunkend, was da Liebe und Zuneigung boten, aber es kam aus dem Herzen, und wer freudig gibt, der gibt doppelt. Und so glänzten in frohem Soffen am Weihnachtsabend auch die Augen der Armen . . .

Fernab liegt diese Zeit und unsere Jünglinge kennen sie nur vom Hörensagen. Zwischen jener Zeit und heute liegt wie ein böser Alp der verhängnisvolle Weltkrieg, der uns nichts als Tod, Herzleid, Not und Elend gebracht hat. Und es hat den Anschein, als ob nach und nach alle Lande von dem gewaltig freisenden Strudel der Nachwirkung dieses Missetnehmens am Menschentum, dieses unerhörten Freiheits an Gut und Menschenblut erfüllt würden, denn selbst in weitentfernten Landen meldet sich die Not als Gast. Doch am stärksten pocht diese Not mit dürem Finger an die Tore der in diesem Weltkriege unterlegenen Völker. Schwer drückt auf sie die Faust des Siegers. Ihnen wird die Möglichkeit des Festfeierns, und sei es auch noch so bescheiden, erbarungslos verweigert. Und den Vermitteln der Armen leuchtet kein Lichterglanz aus grünem Tannengrün, kein bescheidenes Tüchlein, kein wärmendes Kleidungsstück deckt ihren mürmeligen Tisch, und nicht einmal ein armenlicher Apfel sucht sie über des teuren Daseins Last für Augenblicke hinwegzutäuschen. Na, nicht einmal ein Scheitern Holz flackert wärmeliebend im Ofen und hundert und freierd müssen die Armen ihre Lagerstätte frühzeitig aufsuchen, um im Schlaf kurzes Vergessen ihres Elends zu finden. Heilige Weihnachten . . .

So herrlich weit haben wir es gebracht! Aus allen Ecken und Winkeln seines irdischen, zerschredenden Hausrats grinst heute dem Proletariat die bloße, frierende Not entgegen. Nichts mehr von dem bescheidenen Lebensgenuss der Vorkriegszeit, nur noch ein jammervolles Dahinvegetieren, ein zaghaftes Kehren vom Allen, ohne Aussicht auf ein Besserwerden. Nach dem Massenmord in offener Feldschlacht und in den Schützengräben die trodene Guillotine des Gewaltfriedens, des Hungers und Verderbens bei Millionen unserer Mitmenschen. Und wenn dann nach Wintersturm durch die vereisten Fenster Scheiben in die kalten vier Wände grinst, dann fühlen die Vermitteln der Armen ihr Elend doppelt.

Das Wort der Verheißung, vom Frieden auf Erden und Wohlgefallen aller Menschen wirkt unter solchen Umständen nur als aufreizende Verhöhnung. Es nicht zu höchsten wie ein verfluchtes Märchen aus uralten Zeiten zu das angesichts der rauen Wirklichkeit zu einem höhnischen G- idensternwurf herabsinkt. Kein Wunder, wenn da die Menschen dem alten Märchenlauben unbefriedigt den Rücken kehren, ihn als ein Caputera verstoßen und das Heil der Menschheit auf andere Weise herbeiholen möchten . . .

Die Unzufriedenheit der Menschen ist eine gute Sache. Denn sie ist das heilige Recht aller Strebenden und Unterdrückten. Und wir verstehen es vor allem in diesen Zeiten, wenn die Menschen unzufrieden mit ihrem Los sind und begierig dessen Besserung verlangen. Aber es hat den Anschein, als ob das alte Dichterwort „Es irrt der Mensch, so lang er strebt“ als Fluch der Menschheit Ewigkeitsgelte behalten sollte. Dieses Streben nach dem Guten und Vollkommenen kann nur dann erdriechlich sein, wenn alle Menschen geläutert und reinen Herzens dem einen Ziel zustreben. Und so lange noch den Menschheitsstörper der Klassenkampf zermühlt — und der wird währen, bis der Sozialismus verwirklicht ist — müssen die Klassen ein unzerbrechbares Ganzes bilden, um ihr Ziel zu erreichen oder erlangene Positionen zu verteidigen. Das letztere ist mehr oder weniger Lebensnotwendigkeit der Arbeiterschaft. Diese will das Ziel, die Vereitigung jeder Anrechtstrennung durch Erlämpfung des Sozialismus erreichen. Sie kann es aber nur, wenn sie einig ist. Einigkeit ist die Grundformel auf die sich der Erfolg aufbaut. Das ist den Proletariaten seit langen Zeiten gepredigt worden und Marx und Lassalle haben immer wieder der Arbeiterschaft diese Grundbedingung des Erfolges mit stammenden Worten ins Ohr geklopft. Und nach ihnen Wilhelm Piebtsch, und August Bebel. Und sie wachten mit Argusaugen, daß dieses oberste Gebot der Bewegung erhalten blieb . . .

Und heute? Trostlos zerissen taumelt die Bewegung zwischen den schweren Problemen dieser Zeit hin und her, und das einst so rotglühende Banner der Brüderlichkeit liegt zerfetzt und heimlich im Aste des Brudertriebes. Nicht mehr ein edler Weltkämpfer der geeinten Geister im Ringen und Streben um die bessere Form des Fortwärtsschreitens, sondern ein des, kermüden, kraftloses Ein und Her, kindisches Gezänk, hlogig-

läppisches Herunterreißen, gehässige, fanatische Begeisterung — das ist die Signatur der heutigen proletarischen politischen Massenbewegung. Eine babylonische Verwirrung hält die Geister in ihrem verhängnisvollen Bann und verurteilt sie zu Chmacht und Unvernügen. Und die Verhängenden, ihre Gegner? Sie, die ihre schwer bedrängten Passionen schon preiszugeben schienen, sie sind die schadenbringenden und rüsten zum Sturm auf das auseinanderstrebende Arbeiterheer.

Kein Ueberrnend ist heute imstande, diesem Lohwabohu ein Ende zu bereiten und die proletarisch-politische Bewegung in eine einheitliche Bahn zu lenken. Resigniert wenden sich auch die ab, die unermüdet zur Einigung anrufen. Aber wundert euch nicht, die ihr immer noch eure Aufgabe darin erblickt, in dieses Feuer der Verwirrung mit vollen Waden zu blasen, wundert euch nicht, wenn einst die Reaktion triumphiert! Wenn dann der Hof der Junter und Juntergenossen wieder auf euren Rücken tanzt, dann bedankt euch dafür bei euch selber. Und wundert euch nicht, wenn bei euren Gegnern schon jetzt der Meißel vor der einst so achtunggebietend politischen Arbeiterbewegung schwindet. Dank es aber der vielfach verlästerten Gewerkschaftsbewegung, wenn die Nacht der Arbeiterklasse den von der Reaktion ersehnten Aufpunkt nicht erreicht. Sie hat es bisher immer noch verstanden, ihre Einigkeit trotz aller Infindungen hochzuhalten. Wehe euch, wenn die über hinbräutet! Dann wäre es gefahren um die Arbeiterbewegung und das Weltrecht stände ein Jahrtausend lang still.

Waffen diese Ausführungen in eine Weihnachtsbetrachtung? Ja, sie passen ja zu jeder Zeit und Stunde! Und wenn wir eingangs dieses Artikels die Not gechildert haben, um zu zeigen, wie jämmerlich schlecht es wirtschaftlich um die Menschheit bestellt ist, so zeigen wir mit den letzten Ausführungen den Weg, der aus dem Verderben zu führen geeignet ist. „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ ist eine himmlische Ironie und Satire auf unsere heutigen Zustände. Aber dies jammervolle Leben werdet ihr doch nicht durch alle Ewigkeiten hinleppen wollen! Dann lieber gar kein Leben! Aber wollt ihr, daß nicht alles verflucht bleibt, dann beherzigt die aus vorstehend in sich ergebende Lehre, werdet einig im Handeln, wie ihr es im Ziele seid. Sonst bleibt ihr blinde und elende Sklaven eurer verrannten Leidenschaft und auf ewig freudevolle Soldatente eurer Widerhaken. Und nie wird euch im Leben Frieden und Wohlgefallen begegnen!

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Gesperkt:

Firma Martin Feiler in Vornbach (Baden) Grabsteinverleiher  
Fr. Martin in Hoesheim, Werkplatz und Bruch der Firma Sirtl  
u. Co. in Oeffersheim, Grabsteinverleiher von Ehrhardt u. Hauzer  
in Saalburg, Marmorverleiher Fr. Müller, Karlsruhe.

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den bereits genannten Orten: nach Hesse (Steinwehren) nach  
Sargemünd in Loth., nach Stuttgart. Im Löbauer Bezirk des  
Schleierterritors haben die Hilfsarbeiter ihr Arbeitsverhältnis gekündigt,  
weil alle Versuche, ihre niedrigen Löhne zu erhöhen, fehlgeschlagen sind.

## Die „selbständige“ Betriebsräteorganisation und die freien Gewerkschaften.

II.

In Groß-Berlin haben es trotzdem die Anhänger der selbständigen Betriebsrätebewegung erreicht, die Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebsräte zu zwingen. Die Betriebsrätezentrale der Wirtschaftskammer Groß-Berlin mußte von den Gewerkschaften aus schließlich finanziert werden, während die dieser Kontrolle angehörenden sogenannten Radikalen, die aber nicht freigeberlich organisiert waren, ihre Kämpfe in dieser Hinsicht auf Kosten der freien Gewerkschaften vollkommene gegen die freien Gewerkschaften Seite wüchste man also vor, man wolle die freien Gewerkschaften stärken und auf der anderen Seite den Druck von Geld für Unorganisierte aufheben.

In einem Voranschlag der zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin wurden von den Gewerkschaften für die Zeit vom 1. 1. 1921 bis 30. September 1921, 600.000 Mark gefordert. Das bedeutet die selben Leute nicht, anlässlich einer Verrechnung von Kapitalarbeiten

zugunsten der Arbeitslosen im Oktober 1920 in Berlin, die Vertreter der freien Gewerkschaften, also die eigenen Geldgeber zu zwingen, die Zahlung zu verlassen, so daß nur die Vertreter der K. P. D., K. P. D. der Betriebsorganisation und der selbständigen Betriebsrätezentrale zurückblieben, um mit Hilfe der Gelder der freien Gewerkschaften zu beschließen, was man unter Ausschluß derselben unternehmen könne. In der Zwischenzeit waren sämtliche Führer der selbständigen Betriebsräteorganisationen einig, die Gewerkschaften und die Betriebsräte dem Diktat der K. (kommunistischen) Moskauer Internationale unterzuordnen. Dies ging so weit, daß man sogar in - von den freien Gewerkschaften finanzierten Betriebsrätezentrale ein Bureau eingerichtet hatte, um die Spaltung einer politischen Arbeiterpartei zu betreiben. Von der Zusammenfassung der Betriebsräte zur Ausübung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben ist jetzt bei den Anhängern der selbständigen Betriebsbewegung überhaupt nicht mehr die Rede. Die ganze Tätigkeit hat sich ausschließlich auf die Unterstellung der Gewerkschaften und der Betriebsräte unter das Diktat des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale konzentriert. Wokabend sind hier die Punkte 9 und 10 der 21 Moskauer Bestimmungen, die wie folgt lauten:

9. Jede Partei, die der kommunistischen Internationale angehörenden wünscht, muß ideologisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften und für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpartei und die Vorkommnisse des „Kontinuum“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen fortwährenden Kampf gegen die Anführer der Internationale der freien Gewerkschaften zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruchs mit der freien Anführer der Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der freien Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

Wie diese Punkte aufzufassen sind, geht sehr treffend aus nachstehenden Ausführungen Sinowjens auf dem Parteitag in Halle hervor:

„Gewiß sind die Betriebsräte, die Bürger- und Einwohnerbewegungen, die Erspolte, keine angenehmen Leute, aber ich behaupte, sie sind nicht so gefährlich, als ihre achtebe sogenannte Anführer der Internationale.“

Sowie aus den Ausführungen Sinowjens ebenfalls:

„Sie (die Mittel der der Anführer der Internationale) sind mit ihrer ganzen Politik mit ihrer Anführer, mit ihrem Verstand und mit ihren Mitteln verbunden an die internationale Bourgeoisie.“

Die Kampforganisationen der Arbeiter und Anführer werden aus von diesen Leuten, als für die Arbeiterklasse noch gefährlicher, wie die gegenwärtigen Organisationen der Arbeiterklasse bezeichnet und die gewerkschaftliche Internationale der Arbeiterklasse nennt man einfach geld. Nachdem man aber nun einmal die Bahn der Verwirrung verlassen hat, gibt es kein Zurück mehr. Während die Arbeiterklasse ihre ganze Kraft auf die Sozialisierung konzentriert oder konzentriert sollte, geben die Kommunisten und mit ihnen die Führer der selbständigen Betriebsbewegung die Partei auf und gehen die Sozialpartei an diese Partei über.

Dieser Schrift die „Arbeit“ in einem Artikel „Arbeit und Gewerkschaft“ sehr richtig hervorhebt:

„Was ist die Arbeit? Arbeit ist die Tätigkeit, die den Menschen die Möglichkeit gibt, sich selbst zu ernähren und die Welt zu verbessern. Die Arbeit ist die Grundlage aller menschlichen Kultur und Fortschritt. Die Arbeit ist die Quelle aller Reichtümer und die Basis aller menschlichen Beziehungen. Die Arbeit ist die Grundlage aller menschlichen Freiheit und Gerechtigkeit. Die Arbeit ist die Grundlage aller menschlichen Glückseligkeit.“

Der Arbeiter sollte sich nicht von den Anführern der freien Gewerkschaften lassen täuschen, die nur die Interessen der Arbeiterklasse zu verfolgen. Die Arbeiter sollten sich für die Sache der Arbeiterklasse einsetzen und die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Die Arbeiter sollten sich für die Sache der Arbeiterklasse einsetzen und die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Die Arbeiter sollten sich für die Sache der Arbeiterklasse einsetzen und die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen.

ung, legt seine geschlossene Faust ein, um die Herrschaft des Schwerts aufrecht zu erhalten. Und da kommen Arbeitervertreter und sagen: Dieser Kampf braucht auch nicht anzugehen. Wir haben eine andere Parole: Beginnen wir mal einen Kampf um die Produktionskontrolle. Wir werden in den einzelnen Betrieben um die Macht streben, die Produktion und die Preise zu bestimmen. Daraus wird sich dann ein Kampf um die politische Macht entwickeln, und wenn wir die Macht haben, dann werden wir schon sozialisieren."

Es dürfte sich wohl erübrigen, weiteres zu den Bestrebungen der Vertreter der selbständigen Arbeiterbewegung zu sagen. Der freigeberisch organisierte Arbeiterkampf ist inzwischen klar geworden, wozu sie von diesen Leuten geführt werden sollten. Mentallisten hat man den notwendigen Trennungspunkt gezogen und die Gefahr, welche geistlich die selbständigen Mite für die Geschlossenheit der Arbeitnehmersbewegung bildet, kann als überwinden betrachtet werden. Zunächst der Tagung des ersten Betriebsratskongresses hat man den letzten Versuch unternommen, sich der Vermittlung entgegenzustellen und die Betriebsräte in das Rahmwerk der selbständigen Arbeiterbewegung zu treiben. Auf dem Kongress wurde der 40. der Zeitschrift "Der Arbeiter" verteilt. In dem Leitartikel von Richard Müller war folgende Aufforderung enthalten: "Die Kommode Wissen, Sullforderung wird von Dikmann, Körbel und Wolke zu Ende geführt, wenn die Betriebsräte nicht den ganzen Winter hindurch verbleiben."

Die Betriebsräte sind diesem Mahnruf gefolgt, aber nicht so, wie Richard Müller es sich dachte. Sie haben keinen Winter ruhig ausdauern gelassen. Der Betriebsratskongress hat sich einmütig für die Sozialisierung des Bergbaus ausgesprochen. Der Betriebsratskongress hat sich weiter einmütig für die Kontrolle der Produktion erklärt. Weiter hat der Betriebsratskongress zum Betriebsratskongress eine Resolution gefordert, damit den Betriebsräten die Möglichkeit zur ungehinderten Ausübung ihrer Funktionen gesichert wird. Dann wurde zu einer weiteren Reihe von praktischen Fragen Stellung genommen. Sozialisierung des Bergbaus, Kontrolle der Produktion sind die nächsten Etappen auf dem Wege zur Durchföhrung des Sozialismus, auf welche beiden Punkte die freigeberisch-liche Arbeiterbewegung ihre ganze Energie zu konzentrieren hat. Dann ist weiter das Bildungsweesen in jeder Beziehung ausgebaut. Wägen auch die Kurse, die überall eingerichtet werden, im Anfang noch nicht allen Anforderungen entsprechen, sie müssen trotzdem eingerichtet werden und vor allen Dingen müssen sie S. t. reibend, sowohl als auch Gewerkschaftsmitglieder und insbesondere die Jugendlichen besuchen, damit wir uns das Mächtig für die Hebernahme der Betriebsräte schaffen und diese Bildungsarbeit wird am besten ihren Erfolg zeigen. Bei tausend und aber tausend Gelegenheiten wird der Redegewandtheit das Gelehrte gute Dienste leisten und erst im kleinen und dann im großen, wird sich diese Bereicherung des Wissens auswirken.

Karl Kautsky schreibt in einem Artikel "Drennender Luft nach Wissen" folgendes: "Die Anforderungen, die unsere Zeit an das Proletariat stellt, sind enorm. Aber es muß sich ihnen gemachen zeigen, wenn es sich behaupten will als die Kraft, die die abgelebte alte Gesellschaft zu einem höheren Stadium empor hebt."

Gerade unsere Tage zeigen uns, daß es nicht damit abgetan ist, wenn man die Macht gewinnt, daß dies sogar schädlich, zu Rückschlüssen führen kann, wenn es vorzeitig geschieht, ehe man die Fähigkeit erlangt hat, die Macht festzuhalten, was nur demjenigen gelingt, der imstande ist, sie wechelmäßig auszuüben.

Das Proletariat muß wissen, daß Monopol der besitzenden Klassen auf Wissen zu brechen, ist ebenso wichtig, wie das Brechen des Monopols der Kapitalisten auf den Besitz der Staatsgewalt und der Produktionsmittel. Nur ein Proletariat, das Brennender Luft nach Wissen erfüllt, wird seiner großen historischen Aufgabe gewachsen sein.

Und das Zeitalter der sozialen Revolution, das mit dem Ende des Weltkrieges eingeleitet hat, bringt dem Proletariat nicht nur eine Fülle schwerer Aufgaben, sondern auch eine Verbesserung der Bedingungen, ihnen gerecht zu werden.

Vor allem ist der Achtstundentag als Maximalarbeitstag allgemein zu Wahrheit geworden und damit die Zahl der Stunden am Tage vermindert, während denen der Arbeiter sich selbst und seiner Sache widmen kann.

Dieser Fortschritt wird heute noch nicht vollständig fühlbar, da der Arbeiter augenblicklich seine freie Zeit oft im Suchen nach Lebensmitteln vergenden muß. Und in seinem Zustand der Unterernährung erschöpft ihn leicht achtstündige Arbeitszeit ebenso sehr, wie ehemals sechsstündige und läßt ihm wenig Kraft für die Arbeit zur Erweiterung seines Wissens und zu dessen Anwendung im Dienste des Sozialismus.

Erst wenn die Nahrungsmittelverhältnisse überwunden sind, wird die Verkürzung der Arbeitszeit ihre volle Bedeutung für die geistige Erhebenbildung der Arbeiterklasse gewinnen.

Aber wer unter den Proletariern es kann, muß heute schon im Interesse seiner Klasse, im Interesse der sozialen Revolution alles anstreben, um sein Wissen zu erweitern. Die Verkürzung der Zeit im Produktionsprozess soll doch nicht eine bloße Verlängerung der Zeit für Sport und Kino bedeuten."

Dieser Ausführungen kann sich nur jeder, dem es ernst mit der Weiterentwicklung der Arbeiterklasse ist, anschließen. Gegenüber der Ziel- und Klugheit in den Bestrebungen der Anhänger der selbständigen Arbeiterbewegung, welche jetzt unter dem D.M.T. von Resten gelangt sind und die deutsche Arbeiterbewegung verhältnismäßig ausgliedern wollen, die auf Deutschland nur nicht übertragen sind. Ist es die planvolle und zielbewusste Tätigkeit der Gewerkschaften, welche noch wie vor der Arbeiterbewegung ihren Weg zeigt. Diese Arbeit kann wohl schwerlich, aber nicht unterlassen werden und Aufgabe jedes Klassenbewußten Arbeiters und Angehörigen muß es sein, mit seiner ganzen Kraft für die Stärkung der freien Gewerkschaften und die Durchsetzung ihrer Ziele einzutreten.

## Lohnbewegungsmethoden eines Sekretärs vom christlichen Berufsverband der Steinarbeiter.

Sehr geehrte Herren die Christlichen Gewerkschaften vor dem Bergbauverband habe ich die Ehre des Patronatsamtens gegenüber der freien Gewerkschaften dadurch zu veranschaulichen und zu zeigen, daß sie der Lohnbewegung sind. Sie mit letzteren gemeinsam arbeiten, möglichst selbst und möglich unterstützen. Sie sollten ja auch selbständig den Kampfstand ab und abhaken, selbständig natürlich zu sein und nur Standesinteressen wahrzunehmen. Sie sollten wissen, daß es überall und wenn sie noch in dem Kampfstand sind, an die Lohnbewegungen teilzunehmen, um die Lohnbewegungen zu helfen. Wenn sie sich nicht selbständig machen, dann werden die freien Gewerkschaften ihre Leute oft mit den freien Gewerkschaften bei Verhandlungen ausgliedern, können sie sich nicht, daß bei den Lohnbewegungen annehmen und sich selbst durch einen anderen Stand, daß die Lohnbewegung ist. Sie werden natürlich, wenn sie sich nicht selbständig machen, dann werden die freien Gewerkschaften ihre Leute oft mit den freien Gewerkschaften bei Verhandlungen ausgliedern, können sie sich nicht, daß bei den Lohnbewegungen annehmen und sich selbst durch einen anderen Stand, daß die Lohnbewegung ist.

Das ist das, was der Lohnbewegung nach dem Gehalt eine andere, einmütig und einmütig, daß die freien Gewerkschaften ihre Leute oft mit den freien Gewerkschaften bei Verhandlungen ausgliedern, können sie sich nicht, daß bei den Lohnbewegungen annehmen und sich selbst durch einen anderen Stand, daß die Lohnbewegung ist. Sie werden natürlich, wenn sie sich nicht selbständig machen, dann werden die freien Gewerkschaften ihre Leute oft mit den freien Gewerkschaften bei Verhandlungen ausgliedern, können sie sich nicht, daß bei den Lohnbewegungen annehmen und sich selbst durch einen anderen Stand, daß die Lohnbewegung ist.

immer Ebbe ist. Bei dem Kadel von Agitatoren ist dies ja auch kein Wunder, wenn für Kämpfe keine oder nur wenig Mittel zur Verfügung stehen. Die Inflation; und geling das radikale Aufstreben ihrerseits und ist ein lohnpolitischer Erfolg zu verzeichnen, so sind sie doch die "tätigen Kerle" und sie haben ein Agitationsmittel für ihre "nationalen, sozialen, christlichen und demokratischen" Gewerkschaften, wie sie sich jetzt so schön nennen. Leider wird die "Wundheiligkeit" nicht genügend zu ihrer praktischen Tätigkeit im Bergbau geübt, denn sonst müßten jene Arbeiter, die ihnen noch nachlaufen, längst zur Verfügung gekommen sein. Auch Lohnbewegungsmethoden, welche selbst wenn sie diese mit herbeigeführt haben, werden für ihre agitatorischen Zwecke benötigt, wie nachstehender Fall beweist:

Für die Arbeiterchaft in den Großschleifsteinbetrieben des Steigerwaldes und der angrenzenden Gebiete wurde Ende September eine Feuerungszulagenforderung an die Unternehmer eingereicht. Verhandlungen mit Lohnverhandlungen wurden von den Unternehmern mit dem Hinweis auf den etwas schleppenden Geschäftsgang abgelehnt. Der zuständige Schlichtungsausschuß Schmeinfurt wurde angerufen und eine Sitzung für den 29. Oktober angesetzt; die aber infolge angeblicher Erkrankung zweier Unternehmer dann nicht stattfinden konnte. Die Gewerkschaft Bergbau und Metallindustrie in Würzburg wurde um abermalige Terminfestsetzung und rechtzeitige Ladung hierzu. Am 9. November lief die Ladung in Würzburg für den 10. November nach Schmeinfurt ein. Aufolge Abwesenheit des Gewerkschafters und infolge falscher Adressierung eines Telegramms verjammten wir den Termin. Der christliche Sekretär, Herr Böckler aus Nürnberg, war allein anwesend, auch ihm war es unmöglich gewesen, seine Lohnkommissionsmitglieder beizuziehen. Die Unternehmer waren sieben Mann stark vertreten und obendrein waren es die kaufmännisch und beruflich tüchtigsten Vertreter. Böckler mußte sich ohne weiteres klar darüber sein, daß er diesen Leuten gegenüber nicht gewachsen ist. Auch fehlte ihm jede praktische Unterfertigung durch Arbeitskollegen, weil ja niemand anwesend war. Das man heute nicht mehr allein mit dem Argument der Lebensmittellieferung operieren kann, muß er doch auch wissen. Der Schlichtungsausschuß war ungleichmäßig besetzt. Anwesend waren drei Arbeitgeber- und nur zwei Arbeitnehmervertreter. Die Unternehmer erklärten sich selbstverständlich mit dieser Besetzung ohne weiteres einverstanden und sonderbarerweise stürzte dem auch Böckler zu. Daß bei dieser Besetzung eventuell, selbst wenn der Vorsitzende des Schlichtungsausschußes für die Artzäge der Arbeiterchaft stimmen würde, kein Schiedspruch zustande kommen kann, mußte er sich ohne weiteres sagen. Gründe, die Sitzung vertagen und gleich einen neuen Termin ansetzen zu lassen, waren genug vorhanden und der Ausschuß mußte dem Rechnung tragen. Herr Kommerzialrat Vetter-Glmann soll nur besonders mit unserer Abwesenheit operiert und unter anderem die Behauptung aufgestellt haben, Lohse habe ihm vor einigen Tagen gesagt: "Die Forderung der Sandheinarbeiter sei ja nicht so hoch, wie sie wird bestritten, denn Lohse hat mit Vetter wohl konferiert, aber über eine andere Bewegung, ohne auch nur mit einem Wort auf die Sandheinarbeiterfrage zu sprechen zu kommen. Die Forderung der Arbeiterchaft ist einstimmig, wie das Sitzungsprotokoll besagt, vom Ausschuß abgelehnt worden. Lohse hat sich sofort an den Schlichtungsausschuß gewandt und gegen die Sitzung Protest eingelegt unter Vorlegung der Gründe und um Aufstufung über die ihm in den Mund gelegte Forderung gebeten. Der Vorsitzende schrieb, daß Herr Vetter wohl eine Neuherung in bezug auf Lohse gemacht habe, jedoch könne er sich nicht mehr des Wortlautes erinnern. Herr Vetter schrieb auf die Verwahrung von Lohse folgendes: "Sehr geehrte Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen zu bestätigen, daß es mir niemals einfallen ist, solche Mittelung zu machen, was ja auch gar keine Veranlassung vorgelegen hat. Es müßte denn sein, daß Herr Böckler aus meinen Mitteilungen, welche ich wegen Ihrer Abwesenheit gestreift habe, etwas Falsches herausgesehen hat."

Herrn Böckler ist nun die Abwesenheit Lohses und die Verhöhnung, die man gegen ihn gebraucht hat, scheinbar sehr angenehm gewesen, denn er reiste am anderen Tage sofort nach dem Gebiet und verbreitete die Neuherung und behauptete, Schuld an dem Mißerfolg sei der Steinarbeiterverband respektive dessen Vertreter. Anstatt sich mit L. u. u. verständigen über die Frage, wie jetzt die Angelegenheit weiter zu betreiben sei und kollegial die Unterstellungen ins rechte Licht zu rücken, sucht er den ungünstigen Ausgang für seine Organisation auszunutzen. Gerade die Unterlassungen Böcklers in der Sitzung, die Vertagung zu beantragen, hat jetzt eine längere Verzögerung herbeigeführt. Böckler hat aber kalkuliert: Geht's gut, dann hat's die christliche Organisation gemacht und geht's trumm, ist es schließlich noch günstiger, dann haben wir ein noch besseres Agitationsmittel gegen den freien Verband. Die Sache fällt immer auf die Beine! Kollegiale Begriffe sind jenen Leuten fremd und man muß sie sich immer fünf Schritte vom Leibe halten. Das Wort "christlich" ist nur Aushängeschild für die Dummen, denn christliche Grundsätze, wie: "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!" gehen ihnen ab. L. u. u.

## Ortskrankenkasse Bezirk Passau-Land und die Steinarbeiter Fürstensteins.

In dem "Eingesandt" in Nr. 49 wird uns von unserm Fürstensteiner Kollegen, soweit damals die künftige Krankenkasse sich geäußert hat, folgende Erwiderung übermittelt:

Es wird geoffenbart, daß dem Kassenvorstand keinerlei Klagen über schlechte Behandlung und Entgegenkommen bekannt sind. Es wäre hierüber der Kassenvorwaltung zu empfehlen, bei den Mitglieedern Rücksprache zu nehmen und es würde sich herausstellen, daß nicht wenige Beschwerden vorhanden sind. Ein Weitergehen an die zuständige Stelle erfolgt deshalb nicht, weil sich die Mitglieder wenig Erfolg versprechen. Daß das Behalten des verletzten Mitglieds Kopfhammer von seiten des Arztes und Entgegenkommen von seiten der Krankenkasse nicht als gerecht zu bezeichnen ist, das gewiss nach Wunsch oder Verlangen die Frau Kopfhammer und deren Angehörige. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Prüfungszeit der Besuche des Arztes wie von uns angegeben, nicht sieben Tage betrug (siehe Protokoll), wohl aber vier und fünf Tage. Nach Lage der früheren Verhandlung, wie es bei Kopfhammer der Fall war, ist die erfolgreiche Behandlung in bezug auf Reinigung der Wunde bei weitem nicht entsetzend und die heftigen Steinarbeiter und Kassensmitglieder können sich damit nicht einverstanden erklären, daß sie bei derartigen Verletzungen auf die Hilfe anderer, nicht zuständigen Personen angewiesen sind, was aber bei Kopfhammer zur Notwendigkeit wurde. Ferner wird bestritten, daß von der Krankenkasse eine Verordnung an die Tierarz gelehrt wurde, zur Anweisung nur zur richtigen Mittelteil an die Kassensmitglieder. Ebenso wird dies von dem in Frage kommenden Arzt in einer Aufschrift an den Kassenvorstand dieser Zeilen widerlegt. Ein Kassensmitglied behauptet aber, auch wenn er nicht unter Eid, daß zu ihm im Laufe dieses Jahres der in Frage kommende Arzt gelang hat, daß an ihn, an den Arzt, von der Krankenkasse eben erwähnte Verordnung gelangt ist! Einem Beweis der Vaterlosigkeit in bezug über Verletzungen und Leistungen der Krankenkasse haben die heftigen Steinarbeiter noch nicht geliefert, da eine Abgabe genannter Abrechnungen durch die Arbeiter noch nicht erfolgte. Auch ist den Arbeitern von abgeleiteten Vorträgen in dieser Hinsicht nichts bekannt. Die nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sondern auch in moralischer Hinsicht dahn zu streben, daß bei Erkrankung die Krankenkasse bedingt an die Hilfe gelangen, um die notwendige Unterstützung rechtzeitig zu erhalten. Es aber in dieser Angelegenheit viele Unterlassungen durch die Kassenvorwaltung schon beantragt wurden, das beweisen dem Herrn Kassenvorstand G. H. I. auf dem Kassenvorstand mehrere Mitglieder.

Von der 5. ständigen Krankenkassenvorwaltung wurde uns folgende Mitteilung des in Frage kommenden Arztes zur Verfügung gestellt, die zur weiteren Feststellung dem ärztlichen Bezirksverein in Passau übermittlell wurde:

In bezug  
ärztlichen Bezirksverein Passau.  
1. Kopfhammer, Frau von Kamering, 7-8 Kilometer von Bier, wurde verlegt am 21. 9. 20. Der erste Verband nach Hilfe erfolgte

durch mich noch am gleichen Tage (21. 9. 20). Weiter wurde R. noch 14. (vierzehn) mal durch mich persönlich besucht und verbunden. Am 31. 10. 1920 erfolgte nach Eintritt seiner Transportfähigkeit Einlieferung in die Chirurgische Klinik.

R. wurde also in 20 Tagen 16mal durch mich besucht und verbunden, also beinahe jeden zweiten Tag.

Um ihm aber ja jede Hilfe und Entschuldig zuteil werden zu lassen, wurde ein Bahnbeamter von Kamering, der im Felde Sanitätsmann war, ersucht, in den dazugehörigen liegenden Tagen Verband und Besuchen des Kranken nachzugehen, damit eine allenthalbige Verschlechterung mir sofort gemeldet werden könnte.

2. Wagner, Johann, von Fürstenstein, 5 Kilometer von hier, wurde verlegt am 21. 10. 1920. Noch am gleichen Abende (21. 10. 1920) erfolgte durch mich erste Hilfe und Verband. Bis zu seinem am 1. 11. 20 erfolgten Tode infolge von Blutvergiftung erfolgten noch weitere drei Besuche, Operation und Verbände durch mich persönlich. Bis innerhalb neun Tagen vier Besuche und Verbände mit Operation.

3. Die Landkrankenkasse Passau hat mich niemals angewiesen, nur auf billige Heilmittel lautende Rezepte auszustellen, auch ist das nie von mir behauptet noch getan worden.

Ich erlaube den ärztlichen Bezirksverein um gefl. Weiterleitung dieser Feststellungen.

Dr. Max Franz, praktischer Arzt.

B. I. S. an die Landkrankenkasse Passau.

Zur gefl. Kenntnisnahme. Die Angaben über die Zahl der Besuche bei Kopfhammer wurden mir auch von dem Patienten bestätigt, der sich zur Zeit in meiner Klinik befindet.

Passau, 2. 12. 1920.

Dr. Deidesheimer.

Soweit die Zuschriften. Die Debatte darüber wird hiermit im "Steinarbeiter" geschlossen. Das weitere muß nun dort abgewartet werden, wo es hingehört! Hier steht Behauptung gegen Behauptung, ohne daß die Redaktion die Möglichkeit hat, es nachprüfen zu können. Wir können nur nochmals auf unsere Anmerkung in Nr. 49 hinweisen und die Kollegen ersuchen, daß dort Besagte zu beherzigen. Ganz falsch ist es aber, wenn begründete Beschwerden von ihnen an die Kassenvorwaltung nicht weitergegeben werden, weil — sich die Mitglieder wenig Erfolg versprechen. So geht das natürlich nicht, mein lieber Kollege S. Wenn man, so handelt, ist der Kassenvorstand nicht unterrichtet, kann Mißstände nicht ändern und die Kassensmitglieder haben dann auch kein Recht, Beschwerde zu führen. So etwas hat nur berechtigte Unterlage, wenn die laut Statut und Gesetz begründeten Beschwerden bzw. Anregungen unbeachtet bleiben. Dann drauf und dran!

Der bedauerliche Vorgang mit dem im Beruf verletzten Kollegen wird sicher die Kasse veranlassen, für öftere Behandlung der Mitglieder zu sorgen und unsere Kollegen soweit bringen, sich um die Bestimmungen mehr zu kümmern und, wenn etwas nicht klappt, sofort an die richtige Schmiede gehen, damit Abhilfe eintritt. Die Entfernungen erschweren ohne Zweifel schmelles ärztliches Eingreifen und bei aller Mühe, die wir von der Leistung mancher, nicht aller, Sanitätler im Felde bekommen haben, bleibt deren Verabreichung im allgemeinen doch ein Experiment, das sich Kassensmitglieder, die durch ihre Beiträge die Existenz der Kasse und deren Aufgaben sicherstellen, nicht gefallen lassen dürfen! Hier ist dringend eine Veränderung nötig. In Passau besteht auch ein Arbeitervertreterrat, dem sind alle diese Fälle sofort zu unterbreiten, damit in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsrat alles getan wird, um die Krankenkassensmitglieder vor körperlichem und sonstigem Schaden zu bewahren.

## Zur Klarstellung!

Der in Nr. 50 des "Steinarbeiter" erschienene Artikel "Ein Protest" mit Hans Patril unterschrieben, stimmt in der Form der Einleitung nicht. P. hat in der Beranmlung am 27. November diesen Artikel wohl vorgelesen und ist ihm auch von verschiedenen Seiten zugestimmt worden. Eine Abstimung aber, die erkennen ließe, daß die ganze Zahlstelle hinter diesem Artikel stände, ist meines Wissens nicht vorgekommen worden. Eine Berechtigung, diesen Artikel als von der Zahlstelle ausgehend zu betrachten, besteht also nicht! Nach meiner Ueberzeugung hätten sich doch gewiß mehrere Stimmen dagegen geäußert und so dem Artikel den Anschein der Einheitslichkeit genommen. Dies zur Steuer der Wahrheit!

Mit dem Radikalismus in Worten ist ja im allgemeinen nicht viel los, sofern nicht die Tat dahintersteht. Ich möchte noch einige Momente anführen, die geeignet sind, Patril auch von der andern Seite kennen zu lernen. Das Arbeiten über den gesetzlichen Achtstundentag (März 1919), sowie Arbeiten während der heißerleiteten Ferien (Sommer 1920) sind Taten, die sich mit Radikalismus nicht in Einklang bringen lassen. Dies den Kollegen zur moralischen Einschätzung gegenüber der sog. "kommunistischen Zelle", als die sich P. selbst bezeichnet hat.

Wilhelm Kühne.

Die vorstehende Vorlegung ist gewiß beachtenswert, ihr Abdruck im Hinblick auf den Protest von Halle in Nr. 50 auch notwendig. Nun liegt uns ein erneuter Artikel vom Kollegen Patril vor, den wir leider wegen seiner ganzen Aufmachung ablehnen müssen. Wir sagen mit Abgicht: leider, denn sicher wird es nun helfen, daß sie nicht genügend zu Worte kommen. Der Redakteur findet sich mit Unempfindungen und persönlicher Anzuspungen ja schließlich schon ab; denn es kommt bei der Beurteilung dieser zu guter Letzt doch darauf an, wo er sie von sich gibt. Die Abrechnung ist jedoch nötig, weil wir nicht walfen können, daß die Auseinandersetzung über die Bezeichnung "Geld" und was damit sonst noch im Zusammenhang steht, auf eine Stufe gesetzt wird, die wohl noch in einer Beranmlung im geschlossenen Kreis ertragen werden kann, aber niemals im Fachblatt. Aus den übrigen Zahlstellen haben einige Kollegen recht scharfe Artikel eingesandt gegen den Protest von Halle. Diese können unmöglich alle zum Abdruck gelangen, weil sie auch in der Sache nichts Neues lehren, nur unterstreichen, was die Redaktion kurz prägnant hat. Verläufig mag man es mit dem folgenden Artikel und einem aus Süddeutschland in der kommenden Nr. 1 1921 als abgeschlossen betrachten:

"Man hat uns Gelbe genannt."

Wenn ich etwas für unmöglich hielt, dann war es in Nr. 50 des "Steinarbeiter" der Protest der Kollegen von Halle. Daß so etwas aber möglich ist, beweist mir, wie unklar und verwirrt es noch in manchen Arbeiterhirn ansieht. Wenn ich nun einige Zeilen zu diesem Protest schreibe, so geschieht dies nicht, um für einen Kollegen Einsehen eine Lanze zu brechen; denn dieser hat ja die Angriffe schon in gebührender Weise zurückgewiesen. Nein, ich will nur betonen, wie ich und die überaus große Zahl der Kollegen in diesem Falle denkt. Die unklare Spaltung der deutschen Arbeiter hat ja schon manche Wüte gezeigt; aber in Halle ist wohl doch der Vogel abgefliegen worden. Hier kamen deutsche Arbeitervertreter zusammen, um sich mit Bundesrat der russischen Diktatur zu unterwerfen. Da traten die beiden Russen Einowjew und Losowsky auf und behaupteten die deutschen Gewerkschaften als Gelbe, behaupteten, das deutsche Kapitel kauft sich auf die Gewerkschaften. Diese sind schlimmer als die Orgel und die Weigardisten. Die Kollegen von Halle oder wenigstens Patril wollen die Sache nun so hinstellen, als seien damit nur die Führer gemeint; nein, nein, ihr lieben Leute! Nur keine Wertverdrängung; zu dem Gewerkschaften zählen auch wir, die breite Masse. Was sind Gelbe? Gelbe sind Traktanten des Kapitalismus, von diesem extra beschaffen als Streikbrecher. Verbrecher an der Arbeiterbewegung. So durfte uns ein Mann nennen, der aus einem Lande kam, wo man sie bestrafen durfte, ohne von der Bühne heruntergerissen zu werden, hat mich auf das tiefe empört. Der Artikel in Nr. 48 "Man hat uns Gelbe genannt" war hierauf die gebührende Antwort. Die Spaltung der U. S. B. in Halle hat Einowjew als eine befreiende Tat gefeiert. Die Reuskommunisten haben ihm todesben Beifall gespendet. Das Spalten muß doch seinen eigenen Reiz haben. Oft habe ich das Gefühl, daß man so lange spalten wird, bis jeder Arbeiter mit seiner Frau und seinen Kindern eine besondere politische oder Kätergruppe, was weiß ich, bildet. Sicher ist, daß Leute wie Lenin das Beste für ihr Volk wollen; aber das Volk ist nicht geschult, noch nicht reif. Der Bolschewismus lebt vom Krieg, kann sich im eigenen Lande nur durch rücksichtslosen Terror behaupten. Dort herrscht die moderne Kruke. Die Berichte von den deutschen Genossen R. P. D. und U. S. B., die im letzten Jahre nach Rußland reisten, um die goldenen Früchte des russischen Paradieses zu genießen, sowie die Ausführungen des Ge-

hohen Dittmann haben wohl manchmal die Augen geöffnet. Deutsche Arbeiter konnten es trotz ihrer beruflichen Tätigkeit und großem Idealismus dort nicht aushalten; sie schrien nach der armen Heim-  
mat zurück.

Zuerst sollen einmal die Beschäftigten unserer Gewerkschaften im eigenen Lande Verhältnis zu schaffen, die dem Arbeiter Brot verdienen, die es ferner verhindern, daß Arbeiter mit freien Gedanken zu Hunderten erschossen und zu Tausenden ins Gefängnis geworfen werden. (Siehe Bericht Marlow in Halle.) Erst wenn dieses geschehen, wollen wir die russische Idee willkommen heißen. Viele von unseren Kollegen und Genossen, deren proletarisches Gefühl und Denken nur bis zum 9. November 1918 reicht, glauben durch besonders radikale Phrasen und den bekannten Schlagworten ihre Gesinnung ab den Mann zu bringen; gefallen sich in Schwundvoller Rhetorik, anstatt mit den Beinen auf der Erde zu bleiben und positive Arbeit zu leisten. Wir haben früher als Plakategegner bzw. Mitglieder für die Kollegen oft mehr herausgeholt, als heute die radikalsten Betriebsräte, und uns schützte damals kein Betriebsratsgesetz. Ich gebe den Kollegen von Halle den guten Rat, sich einmal in die Geschichte der deutschen Gewerkschaften zu vertiefen, um lernen zu können, wie diese entstanden, welche gewaltige Kämpfe dieselbe geführt, welche Kulturarbeit sie geleistet, und wo die Bundesratsverordnung von 1902 herkommt.

Nun noch eine kleine Episode, die manchen interessieren dürfte. Als Einwohnern mit seinem Etab und von Ad. Hoffmann begleitet auf seiner Bildreise hier Stettin besuchte, kriegte diese „Arbeiterführer“ nicht etwa im Volkshauses ab, wo sonst die hiesigen kerngesunden Kommunisten verkehren; dort hätte es vielleicht noch Arbeitern gerochen, nein, diese Edelsozialisten kriegten im Preußenhof ab, wo sonst Leute vom Schlage Ludendorff verkehren, und dimierten dort — die Summe will ich lieber nicht nennen. Diesen Fall brauchen die hiesigen Tageszeitungen, ohne daß Widerspruch erfolgte. Ja, Kollegen von Halle, gegen solche großartige Leistungen sind alle unsere Gewerkschaftsführer, auch Kollege Siebold, „keine Knecker“.

Wenn die Gewerkschaften geschlossen weiterbestehen, wenn sich die verschiedenen politischen Richtungen wieder auf dem Boden des Gemeininteresses zusammenschließen, dann dürfen wir alle überzeugt sein, daß an dem Bollwerk der geeinigten Arbeiterkassen die Orgele und die Weichgarben und mit ihnen auch der Kapitalismus zugrunde geht.  
Stettin.

### Aus den Zahlstellen.

**Maroldswiesau.** Am Sonntag fand Monatsversammlung statt. Auf der Tagesordnung war auch das Verhalten des Gauleiters Höhe unserer Zahlstelle gegenüber vorgemerkt. Vorsitzender Steinrichter erklärte den Kollegen, daß es nicht an der Vorstandsführung gelegen hat, wenn die Kollegen keine Auskunft über die schwebende Leuerungszulage erhielten, denn er hätte schon im Oktober bei Höhe angefragt, wie es mit der Leuerungszulage stünde, hätte aber noch keine Antwort. Von den Kollegen wurde kritisiert, daß sich unser Gauleiter nicht zeigen läßt, seit unserem Beitritt im März 1919 war Höhe doch schon einmal hier. Es wurde daher beschlossen, an den Zentralvorstand zu berichten, damit der Gauleiter von dort aus auf seine Pflicht den Zahlstellen gegenüber aufmerksam gemacht wird. Bismarckswert wäre es, wenn den neu errichteten Zahlstellen mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde, hauptsächlich auf dem Lande brauchen die Kollegen noch mehr Aufklärung und Anregung.

**Frankfurt a. M.** Eine ansehnliche Demobilisierungsvorbereitung. Unter dieser Ueberschrift wurde in einem in Nr. 50 des „Stenarbeiter“ erschienenen Artikel von einem hiesigen Kollegen behauptet, daß Kollegen zur Entlassung kommen sollen oder schon entlassen sind, die ein Menschennäher hier arbeiten. Dies steht in keiner Verordnung, auch nur angedeutet und wirbelt unnützen Staub auf. Die Stelle der Demobilisierungsvorbereitung vom 4. November 1920 § 1 Absatz 4, die nur in Betracht kommen kann, lautet wörtlich:  
„In Frankfurt a. M. oder in einer der unter 8 genannten Gemeinden nicht ihren Wohnsitz haben und hier nicht am 1. August 1914 als Arbeitnehmer beschäftigt waren.“

Also können nur solche in Frage kommen, die während des Krieges hier Arbeit genommen haben und meines Wissens kommt hier fast niemand in Frage. Des weiteren sagt der Verfasser ja selbst, daß arbeitslose Kaufleute da sind und wo anders Arbeit finden müssen, und stellt die Sache so hin, als ob ein Kaufmann nicht in der Grabsteinbranche arbeiten könnte. Die Steine abschleifen, auf den Friedhof schleppen und aufstellen, kann auch jeder andere, aber auch die anderen Arbeiten, wie Schriftbauern und dergleichen (die fertigen Steine kommen ja von außerhalb), nur daß diejenigen der Grabmalbranche, die hierfür in Betracht kommen, etwas mehr Übung darin haben; oder denkt der Verfasser, wie Kaufleute können in keinem Grabmalgeschäft arbeiten?

**Söfelz.** Die im August dieses Jahres hier gegründete Zahlstelle hielt am 11. Dezember eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Rassenbericht; 2. Wahl des Gesamtvorstandes; 3. Lohn- und Ferienfrage; 4. Betriebsrat; 5. Verschiedenes. Kollege Fischer erlatete den Rassenbericht, nach dem ein Rassenbestand bleibt von 22.16 M. Hinzu kommen von Gewerkschaftsarbeitern 10.35 M., da für eine neugegründete Zahlstelle keine Beiträge zu zahlen sind. Somit Bestand 32.51 M. Hierauf wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Zum Punkt 2 wird Kollege Fischer zum Vorsitzenden und Kassierer gewählt, Krüger als Schriftführer und Rebold und Kober zu Reoloren. Im 3. Punkt erklärt Gauleiter W. H. die das Afford- und Tarifwesen. Der Vorsitzende dankt ihm für seinen Vortrag, hierauf wird beschlossen, eine Forderung einzuweisen auf 25 Prozent Lohnverhöhung. Unser Stundenlohn beträgt jetzt 4.50 M. Gauleiter Mühl wird beauftragt, unseren jetzigen Tarif am 15. Dezember zu kündigen. Im Punkt 4 berichtet der Gewerkschaftsleiter über die Stände, daß im Frühjahr in Gobenstein ein kostbarer Kurort für Betriebsräte stattfinden, der von jeder Gewerkschaft besucht werden soll. Die Kosten betragen pro Mann 400 M. Da wir eine kleine Zahlstelle sind, 12 Mitglieder, entspinnt sich eine lebhafte Debatte über das Ausbringen dieser Summe. Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Beitragsverhöhung von 3.15 auf 3.50 M. und einen einmaligen Beitrag von 5 M. für den Betriebsratverdienst. Dieser wird dann auch einstimmig angenommen. Zum Punkt Verschiedenes verlangt Kollege Behold, daß der Vorsitzende und Kassierer für seine Arbeit eine Vergütung erhält, weiter soll versucht werden, daß der freie Sonnabendnachmittag durchgeführt wird.

**Duisburg.** Am 10. Dezember 1920 fand hier eine wichtige Versammlung statt. Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, gedachten wir der Kollegen Staudinger und Herrmann, welche der Tod aus unseren Reihen gerissen hat. Sodann erklärte Kollege Hirscher den Ablauf des Bezirksrats, der abzulehnen sei, wie früher. Besonders bedauerte er die Affardarbeit, gegen die wir ein ganzes Menschenalter gekämpft haben, und uns nun durch die Arbeitgeber wieder aufgebracht werden soll. Durch Abstimmung wurde der Bezirksrat einstimmig abgelehnt und sofortige Verhandlung mit den hiesigen Unternehmern angefordert. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde eine Sammlung für den Koll. Albrecht Günther, welcher schon längere Zeit arbeitslos ist, veranstaltet. Es wurden 20 M. aus der Ortskasse bewilligt und 39 M. gesammelt. Sodann wurde beschlossen, am 8. Jan. abends 8 Uhr eine Familienfeier abzuhalten mit Kaffeevermählung und Vertonung. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, sich recht zahlreich an der Feier zu beteiligen und schloß dann die Versammlung mit dem Wunsch an die Kollegen, treu zur Organisation zu halten.

**Niederkirchen.** Am Sonntag, dem 5. Dezember 1920, fand hier im Winterhof eine Versammlung der Schotterarbeiter von der Zahlstelle Bad Dürkheim im Saal, in der unser Bezirksleiter Kollege Glas sich über den Spruch des Schlichtungsausschusses Kaiserlautern aussprach, den beide Teile ablehnten. Die Kollegen haben seit 1. Mai keine Lohnverhöhung erhalten. Die Unternehmer kommen immer mit der alten Taktik: Ueberfüllung der Vogerläufe, Stromerheben, Wagenmangel, und drohen sogar mit verkürzter Arbeitszeit. Kollege Glas gab in der Versammlung bekannt, daß die Forderung anderer Stellen überwiesen wurde. Kollege Glas sprach auch über Zusammenhalt und Zusammenhalt der Kollegen in der Steinindustrie. Dann wurde beschlossen, daß die Zahlstelle Bad Dürkheim nach Deidesheim verlegt und so genannt wird aus folgenden Gründen: Die Kollegen der Schotterindustrie hatten es deshalb für geboten, weil ver-

schiedene Kollegen aus der hiesigen Verwaltung in Dürkheim sich einem anderen Beruf zugewandt haben und somit auch anderweitig organisiert sind. Ferner liegt es im Interesse der Kollegen der Schotterindustrie, daß sie stets auf dem Laufenden gehalten werden, was bei den heutigen Verhältnissen bringend geboten ist. Die Kollegen bestanden einstimmig, daß der alte Dürkheimer Vorstandsdienst, besonders den Kollegen Heidemann (Dürkheim), das volle Vertrauen und Anerkennung ausgesprochen wird. Ab 1. Januar 1921 wird die Zahlstelle Dürkheim nach Deidesheim verlegt. In den Vorstand sind folgende Kollegen gewählt: Michael Nau (Deidesheim), Vorsitzender, Johannes Weidner (Niederkirchen), Kassierer, Joseph Koellh, Schriftführer, Jakob Steinmetz und Johann Wallbüll, Reoloren; Christian Koeppler (Niederkirchen) und Franz Andres, Reoloren. Die Leiter der Zahlstelle und das Dankbedürfnis der Bauarbeiter haben in Dürkheim die einst stehende Steinmehlmühle auf ein Minimum eingeschränkt und ist nun Veranlassung, daß die an Zahl stärkeren Schotterarbeiter die praktische und zweckmäßige Verlegung nach Deidesheim beschließen haben. Gewiß wird mancher alte Steinmehlgewerker in Dürkheim die Verlegung mit besonderen Gefühlen und Gedanken zur Kenntnis nehmen. Ein rühriges Bülchen war früher dort tätig, harte Kämpfe, scharfe Debatten, aber auch manche frohe Stunde beim Dürkheimer Wein sind wohl der Erinnerung wert. Wir haben die Ueberzeugung, daß die frühere Steinmehlmühle durch spätere, jetzt schon dringend notwendige Bauarbeit wieder zur Geltung kommt und die reichen Bodenschätze an Naturstein im Dürkheimer Steinbruchgebiet erneut zur Verwendung kommen.

**Mittweida.** Am 12. Dezember hielten wir im Volkshauses Rosenarten unsere Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab den Vorstandbericht, nach welchem sich die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres erhöht hat. Das Jahr war reich an Lohnkämpfen, trotzdem haben wir nicht erreicht, was nötig war, um einen Ausgleich mit der teuren Lebenslage herbeizuführen. Nur Geduld Kollegen! Für uns kommt auch wieder die Zeit, wo wir unseren Forderungen mehr Nachdruck verleihen können. Jedenfalls haben die letzten Verhandlungen im Bezirk bewiesen, daß die Unternehmer das Interesse für ihre Arbeiter nicht haben, denn bei Beginn der Sitzung waren die Unternehmer zahlreich vertreten, wie dann die Haupttrage kamen, wurden die Herren immer weniger und als dann der Vorsitzende, Herr Schöber, sein Urteil fällen sollte, da fühlte er sich nicht in der Lage, Zugeständnisse zu machen, weil er das nicht auf sich nehmen konnte (wollte). Kollegen, mit diesen Halbheiten im Bezirk muß aufgeräumt werden, entweder die Unternehmer schicken ihre Kommission, die mit den Kollegen verhandelt und auch das Recht hat, die einmal vereinbarten Löhne zu zahlen im ganzen Bezirk. Im anderen Fall muß kräftiger eingeschritten werden, damit diesem Sinn- und Schwerttun ein Ende gemacht wird. Wir sind hier nicht mehr gewillt, mit einem Lohne auszukommen, der den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, denn das geht doch nicht mehr, daß man spricht besser geleitet wie geleitet. Solche Betriebe haben kein Recht mehr, auf diese Weise weiter zu wirtschaften, denn wer seine Leute nicht entsprechend bezahlen kann, da soll mal richtig unterschätzt werden, wer der schuldige Teil ist. Die Wahlen gingen glatt von statten, zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Joseph Kuna wiedergewählt, ebenso der Kassierer Paul Schädler. In Verschiedenen wurden 50 Mark zum Grundstock für ein Denkmal des verstorbenen Bezirksvorsitzenden Alois Staudinger bewilligt. Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, daß die bedürftigen Arbeiterwitwen und Witwen der nach Kriegsende bis jetzt verstorbenen Kollegen je 30 Mark und je Kind 10 Mark als Weihnachtsgeld erhalten sollen. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, im neuen Jahr ihre Pflichten dem Verband gegenüber zu erfüllen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Langenasteln.** Am 12. Dezember fand in der Hüttingerschen Gastwirtschaft Versammlung statt. Der Besuch war ein schlechter. Zur Beratung bzw. Beschlußfassung kam folgendes: 1. Auf unsere im November geforderte Leuerungszulage von 15 Prozent unterbreiteten uns die Unternehmer ohne vorherige Verhandlung folgendes Angebot: Auf den Grundlohn des Vertrages vom April gewähren sie für Ledige vom vollendeten 17. Lebensjahr 7 1/2 Prozent, für Verheiratete 15 Prozent. Die Auszahlung erfolgt vom Tage der Annahme an gerechnet nächstfolgende Lohnwochen. Die übrigen Bestimmungen obigen Vertrages, sowie die einschlägigen Abmachungen der Vereinbarung vom 24. Juli d. J. bleiben aufrechterhalten. Die Kollegen erklärten sich für Annahme dieses Angebotes. Einem weiteren Schreiben von Gauleiter Höhe war zu entnehmen, daß die Arbeitgeber im Juramarmorgelbiet die geforderte Leuerungszulage der dort in Betracht kommenden Kollegen vollständig abgelehnt haben. 2. Ein Antrag der Verwaltung zwecks Anknüpfung eines Bildes unseres verstorbenen Betriebsvorsitzenden wird einstimmig angenommen. 3. Den Betriebsräten wird für allgemeine Sitzungen eine Entschädigung von 2 M. gewährt. 4. Dem Unterkassierer Johann Sindel wird für Einheben der Beiträge 5 M. ab 1. Januar 1921 8 M. pro verkaufte Marke gewährt. 5. Der Verammlungsbeitrag vom 17. Januar 1920, nach dem jedem Kollegen bei Krankheitsfall für die sechsteletzte Krankheitswoche von 3 Tagen pro Tag 2 M. Unterbringung aus der Ortskasse gewährt wird, wird ab 1. Januar 1921 dahin geändert, daß jeder Kollege bei Krankheitsfall auf die Dauer seiner Bezugsberechtigung bei der Kontrolle einen Zulufuß von 1 M. pro Tag aus der Ortskasse erhält. Die be-  
wöhlen 6 M. für die Krankheitskosten kommen jedoch in Wegfall. Punkt 6 der Tagesordnung wird bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. 7. Unter Verschiedenem stellt Kollege Michael Köppler den Antrag, im Laufe der nächsten Monate einen beruflichen Vortragsabend zu halten der zentrale abhalten zu lassen. Der Antrag fand Annahme. (Diese Sache sind alle verbrannt, ist also nicht möglich. Redakt.) Ein Fund der Konsumvereinsmitglieder Rundschau verlor Kollege Karl Döbler einen Artikel, wonach sich eine Großbetriebsgefelligkeit unterhält mit kapitalistischen Geldern, gebildet hat. Ihr Abzweigebiet sind vor allem die industriellen Betriebe. Aus dem ganzen Sinn des Artikels ist klar zu erkennen, daß die Abhänger keine arbeiterfreundliche, sondern arbeiterfeindliche sind. Auch ist diese Gesellschaft ein starker Gegner unserer bestehenden Konsumvereine. Kollege Döbler stellte an die Betriebsräte das Ersuchen, wenn in dieser Sache an sie heranzutreten wird, dieses energisch abzuweisen. Ferner wurde ein Schreiben von Kollegen Heinrich Böhler verlesen. Dasselbe befaßt sich mit der Gründung einer Bauergesellschaft. Die Kollegen wurden aufgefordert, sich derlei anzuschließen. Des weiteren gab Kollege Friedrich Menner bekannt, daß er sich auf Wunsch vieler Kollegen um Gründung eines Arbeitervereins an den Arbeiter-Turnerbund wendet, wo er den Beistand erhält, daß in nächster Zeit ein Referent aus Nürnberg erweisen wird, um in dieser Angelegenheit fördernd zu wirken. Die Tagesordnung war damit erschöpft.

**Lübeck.** Am Montag, dem 6. Dezember, fand im Gewerkschaftshaus unsere maßgebende Monatsversammlung statt. Im ersten Punkte wurde zur Neuwahl des gesamten Vorstandes geschritten, da die nächste Versammlung erst am Montag, dem 3. Januar 1921, stattfindet. Da der Vorsitzende Kollege Dittmar kein Amt zur Verfügung stellte, wurde an dessen Stelle Kollege Rudolf Müller gewählt, als Kassierer wird unser gutbewährter Kollege Busse weiterwählter, und mit dem Schriftführeramt wurde der Kollege Franz Klingner beauftragt. Ferner wurden Korrespondenzen und Reoloren neu ernannt. Dann wurden die Arbeitsverhältnisse bei der Kunstseidenfirma Gebrüder Bornmann einer kritischen Prüfung unterzogen und herausgehoben, was die Verluste, unsere am liebsten, arbeitslosen oder zum Teil in anderen Betrieben untergebrachten Kollegen an die Seite zu stellen, durch allerlei Ausreden beim Vorreden der Kollegen, wie z. B.: Sie werden bei der nächsten Einmischung benachteiligt. In Wirklichkeit hat genannte Firma durch den Steinbildhauer verurteilt, auswärtige Kollegen durch allerlei Verprechungen heranzulocken, was aber noch rechtzeitig verhindert werden konnte. Die Kollegen werden auch in Zukunft bei solchen Vorfällen der Unternehmer ihr Interesse zu wahren wissen.

**Schwegen.** Am 15. Dezember tagte im Restaurant Kobler in Rürstenecke unsere Monatsversammlung, zu der Gauleiter Kollege Schmidt erschienen war. Kollege Schmidt hielt ein Referat über „Gewerkschaftliche Fragen“. Im Zusammenhang damit behandelte er das Betriebsratsgesetz. Den anwesenden Kollegen wurde daran erinnert, was die Betriebsräte für Aufgaben haben und was noch für Schritte notwendig ist, um den Aufgaben im Betriebsratsgesetz gerecht zu werden. Die Betriebsräte werden in Zukunft viel mehr in Anspruch genommen, um unsere wirtschaftliche

Lage wieder zu heben. Schmidt gab dann noch bekannt, wie es mit der Leuerungszulage im Bannkreis Wald steht; bereits seit sechs Monaten streiten wir uns schon herum, und sind jetzt mit unserer Forderung im Ministerium für soziale Fürsorge anhängig, aber auch da scheint es recht langsam vor sich zu gehen. Mit unserer Forderung ist nicht mehr auszukommen. Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde von den Kollegen kritisiert, daß die Unternehmer im Bannkreis Wald noch immer nicht gewillt sind, die Arbeitsordnung anzuerkennen.

**Leipzig.** Am 14. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung statt. Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Karl Litzo von ihren Plätzen. Beim ersten Punkt der Tagesordnung, Lohnbewegung, entspann sich eine lebhafte Debatte, in welcher der Antrag, ab 2. Dezember 1920 7.50 Mark pro Stunde zu fordern, einstimmig angenommen wurde. Als Gewerkschaftsleiter für Leipzig-Land wurden die Kollegen Conrad Siebert-Lauda und als Schriftführer Ed. Beutel-Ludwig vorgeschlagen. Für die sechs minderwertigen Mitglieder wurden pro Mitglied 100 Mark und für die vier Kranken und drei Arbeitslosen, die länger als vier Wochen arbeitslos sind, pro Mitglied 75 Mark als Weihnachtsgeld bewilligt. Als erste Rate für das Denkmal des verstorbenen Betriebsvorsitzenden Kollegen Alois Staudinger wurden ebenfalls 100 Mark einstimmig bewilligt.

### Rundschau.

**Proletarische Weihnachten.** Als wir Kinder waren, da schlug unser Herz laut am Weihnachtstend. Als wir groß wurden, da dachten wir in froher Erinnerung unserer Kindesweihnacht. Und wenn wir unsere eigenen Kinder und Kindeskiner unter dem Weihnachtsbaum jubeln sehen, dann sind wir Kinder mit den Kindern und Kinderfreude durchweilt den Raum. Das Weihnachtsfest ist das Fest des Kindes, des kindlichen Glücks, der kindlichen Liebe. Kinder werden die Alten und die Kinder sind am Weihnachtstage einmal Kind in ihrer zarten Art. Und die heißt Liebe. Kind sein heißt Liebe haben.

Wieviel Gemüt liegt in der Kindesseele! Millionen und aber Millionen erwachsende Menschen, Menschen mit Erfahrung und Klugheit und Lebenskraft, und doch: wir sehen diese Worte zurück hinter dem Eis, das sich da in einem Kinderherzen regt. Und daher die Verehrung, die alle Großen der Menschheit seit je dem Kinde entgegen brachten. Das Kind ist die feinsten Blüte der Entwicklung. Die Natur ringt zur Liebe. Im Kinde deutet sie ihre sterbende Seelenkraft an. Aber das Leben ist noch nicht reif für solchen Adel. Die Verhältnisse des Lebens sind noch zu roh, sind noch zu brutal, als daß die Liebe, die da im Kinde sich andeutet, zum Siege strebt, zur Entfaltung gelangen kann. Zur Reifezeit erzieht das Leben. Nur Verehrung zwingt das eiserne Dasein. Und darum hat die Menschheit unter ihren Erwachsenden so wenig Kinder, so wenig Menschen, die sich die Kindesseele erhalten haben, das Kindesgemüt, die kindliche Liebe.

Das Weihnachtsfest läßt im Lannendusse des Geistes für Stunden einmal die feinsten Blüte der Naturerfindung entfalten. Kindesheit liegt über uns. Wir sind einmal Menschen in der ganzen Innerlichkeit. Seelenreichtum füllt unsere Brust. Wir ahnen etwas von dem neuen Glück. Wir fühlen etwas von dem Glück derer, die noch uns kommen, derer der neuen Welt, der Welt des Kindes, der Welt, in der jeder Kind ist und Kind bleibt. Und Sehnen erfüllt unsere Brust und weihnachtliche Kampfesfreude. Sie soll kommen, die neue Welt. Wir wollen unsere ganze Kraft einbringen, daß immer mehr der Boden bereitet werde für das Neue. Ewiges Weihnacht soll sein, ewige kindliche Freude. Und darum auf! Vom März zur Menschheitsweihnacht!

**Vorkommen lithographischer Steine in Italien.** Dem „Sole“ wird geschrieben, daß im Appennin große Lager lithographischer Steine entdeckt worden sind, die noch schwerer abzubauen sind als Material besser Güte liefern. Die Reichhaltigkeit der Lager gibt der Hoffnung Raum, den italienischen Bedarf an lithographischen Steinen, die bisher fast ausschließlich aus Deutschland bezogen wurden, aus dem Lande selbst decken und sogar zur Ausfuhr übergeben zu können. Die Gründe einer Gesellschaft zur Ausbeutung der besten Lager ist im Gange. Solche Meldungen sind bereits früher aus verschiedenen Ländern gemacht worden, hinterher hat „das Material besser Güte“ anders ausgefallen. Nach der geologischen Struktur „im Appennin“ halten wir die Nachricht für nicht zutreffend.

**Wichtiges Entschieden zur tariflichen Regelung der Lehrlingsentlohnung.** Die Innungen und Handwerkskammern weigern sich grundsätzlich, die Regelung der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen für die Lehrlinge in die Tarife aufzunehmen. Sie stützen sich auf die gesetzlichen Bestimmungen in der Gewerbeordnung. Die Handwerksmeister wurden in ihrer rückständigen Ansicht noch durch ein Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 17. Oktober 1919 bekräftigt. Dort wurde ausgesprochen:

„Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung in den §§ 81 a, 83, 93 den Innungen, in den §§ 103 e, 103 a, 103 f den Handwerkskammern Befugnisse zugewiesen. Soweit diese Körperschaften von den Befugnissen Gebrauch gemacht haben ist für die in ihren Bestimmungen geregelten Angelegenheiten ein Sonderabkommen durch Einzelvertrag oder durch Tarifabschluss unzulässig; für die nicht von den Vorschriften der Handwerkskammern oder Innungen erfaßten Verhältnisse kann dagegen ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.“

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren bemühte sich schon seit längerer Zeit, durch Einreden an den Reichsarbeitsminister Klarheit zu schaffen. Unterm 30. November ist ihm folgende Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium zugegangen:  
„Das Reichsarbeitsministerium vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die des Arbeitsverhältnisses resultierenden Bestimmungen auch für die Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht die besonderen Stellen gesetzlich übertragenen Befugnisse hierdurch berührt werden.“

Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung den Innungen und Handwerkskammern bestimmte Befugnisse zugewiesen. Eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge ist hiernach nur insoweit zulässig, als nicht die Innungen oder Handwerkskammern zuständig sind oder als diese von ihren Befugnissen keinen Gebrauch gemacht haben. Die bezeichnete Zuständigkeit der Innungen und Handwerkskammern bedingt sich meines Dafürhaltens auf die tarifvertragliche Seite des Lehrverhältnisses, d. h. auf die Regelung derjenigen Bestimmungen des Lehrvertrages, die unmittelbar die Ordnung des Lehrverhältnisses, die Ausbildung des Schölers, die Ablegung von Prüfungen, die Festsetzung der Befugnisse zur Ablegung von Prüfungen, zur Festsetzung von Lehrvertragsbedingungen und die Festsetzung des Amtes der Lehrlinge anbelangt. Die Innungen und Handwerkskammern sind hiernach nicht befugt, in die rein privatrechtlichen Beziehungen zwischen Lehrvertragsparteien und Schöler einzugreifen und Bestimmungen über die Lehrverhältnisse zu treffen, Vergütung oder Kostentragung zu treffen.

Hiernach können diese Entschlüsse auch für Handwerkskammern tarifvertraglich vereinbart werden. Die tariflichen Bestimmungen treten alsdann sowohl für die Lehrlinge ein, als auch für die Stellen der betreffenden Bestimmungen der Einzelverträge.

Für die gewerkschaftlichen Organisationen ist nach der oben festgestellten auch für die Lehrlinge die Entschlüsse und die festgelegten Arbeitsverhältnisse tariflich zu erfüllen. Soweit die Innungen oder Handwerkskammern nicht mehr den tariflichen Bestimmungen entsprechen können, werden sie jedes Mittel nach in Anwendung bringen, als unzulässiger Herrscher gegenüber den Lehrlingen zu gelten.

**Ein neues neuindustrielles Unternehmen.** Die Geschäftsführer Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. berichtet, daß die des Kapazität des Braumaterial haben wir im kommenden Jahr ein Tarifvertrag zur Ausbeutung gepachtet, das einen erheblichen Fortschritt in diesem Jahre die Vorarbeiten gemacht, damit Anfang März nächsten Jahres der Maschinenbau in Betrieb genommen werden kann. Wir haben neherber einige Regorgans u. a. abgeschlossen, den wir in unseren eigenen Betrieben verwerten. Es sind damit vorzüglichste Resultate erzielt worden, obgleich es sich nur um Sechsfach handelt.

während wir im nächsten Jahr einen möglichst hergestellten Drehstuhl liefern werden, der die Konkurrenz mit der Drahtstühle getrost aufnehmen kann. Beim Publikum hat sich allerdings eine gewisse Vorliebe beim Kauf gezeigt, da in den letzten Jahren manches Produkt als Tausch verkauft worden ist, das den Namen Tausch nicht verdient. Unter Tausch ist aber von tadelloser Qualität und Heizkraft, so daß unsere Freunde unbedingt damit zufrieden sein werden. Wir werden circa 200 bis 300 Waggons im Jahre liefern.

**Streiks in Brasilien.** Von einem gelegentlichen (deutschen) Mitarbeiter in Brasilien wird uns geschrieben: Streiks über Streiks, das ist der Gradmesser für den Wohlstand der hiesigen Arbeiterklasse. Und in Rio de Janeiro arbeitet die Polizei als Agens provocateurs mit Dynamit, um so die soziale Lage durch Ausschreitungen von „unbekannten“ (Unruhmühten) und Verhaftungen in ihrem Sinne zu lösen oder zu beweisen, daß es so etwas wie eine soziale Frage nicht gibt. Auch in Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es für Brasilien eine soziale Frage nicht gibt; so erklärte erst vor kurzem der Bundespräsident: „Wir haben keine sozialen Streiks.“ Dabei sind die regierenden Herren auch hier erfolgreich am Werke, um den arbeitenden Massen zu zeigen, daß die Herrschenden und Beherrschten aus eigenem Antrieb und freiwillig für sie nichts tun und somit selbst die Unzufriedenheit erzeugen, aus der eines Tages bestimmt die soziale Revolution geboren wird.

Der alte Genosse warnt auch vor einer Gesellschaft oder Firma „Christiano des Informacoes pere os allemoes“ in Rio de Janeiro, die in keiner Hinsicht positiv durch die Auswanderer vorstellbar und unter günstigen Bedingungen unterbringen zu können. Es handelt sich bei dieser Firma um ein Konvium deutsch-brasilianischer Industrieller, für das die deutschen Einwanderer lediglich willkommene Ausbeutungsmittel sind. Mehrere brasilianische Gewerkschaften warnen übrigens vor der Auswanderung nach Brasilien.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Vorstand der neuen Mitgliedsbücher ist beendet. Zahlstellen, die noch nicht im Besitz der neuen Bücher sind, wollen sich sofort beim Zentralvorstand melden.

Nach Ablauf der 52 Woche 1920, also vom 27. Dezember 1920 ab dürfen Krank- und Arbeitslosenmeldungen nur auf die Nummer der neuen Mitgliedsbücher erfolgen.

Um beim Anmelden der Unterstützung Differenzen zu vermeiden, muß unbedingt die im Jahre 1920 bezogene Erwerbslosenunterstützung im neuen Mitgliedsbuche eingetragen werden und zwar in den Zeitabschnitten, wie diese bezogen wurde. Der Vortrag erfolgt auf die Seite: Quinzim und erhöhte Erwerbslosenunterstützung im Jahre 1921, und gleich anschließend wird dann die im Jahre 1921 bezogene Unterstützung eingetragen.

**„Stenographen“-Empfänger.** Diese Nr. 52 umfaßt 6 Seiten; dadurch sind mehrere Teilsendungen an einzelnen Orten nötig geworden. Es können daher Fälle eintreten, daß Empfänger die Sendungen nicht auf einmal erhalten, sondern an verschiedenen Tagen, obgleich alle Sendungen am gleichen Tage hier abgegangen sind. Reklamationen für fehlende Teilungen also einige Tage zurückhalten!

Ab 1. Januar sind folgende Adressen an den Hauptvorstand zu beachten:

Alle Kassenanangelegenheiten und Materialbestellungen an Ludwig Geist, Kassierer.

Tarif- und Betriebsratsangelegenheiten an Karl Wunderlich.

Administratives und Zeitungsvorstand an Herrn Siebold.

Alle sonstigen Korrespondenzen an Ernst Wiedler.

Allen Namen ist immer beizufügen: Zentralverband der Stenographen Deutschlands, Leipzig, Gerberstraße 1, IV.

Die hohen Postkosten müssen veranlassen, gegebenenfalls das spätere Postgewicht voll auszunutzen. Hat zum Beispiel ein Briefgewicht ein mehrere der obengenannten etwas mitzunutzen, dann macht er nicht für jeden einzelnen einen Brief, sondern acht alle Briefe in einen Briefumschlag, verpackt aber jede mit antwortgebendem Vermerk: „Gefälligst an den Verbandsvorsitzenden“ oder „An die Redaktion“ usw.

### Quittung

Der eingezahlte Betrag vom 27. November bis 15. Dezember 1920.

Dez. 1920: Treibers 650; Fuhling 220; Gwidischfeld 300; ... (Liste von Namen und Beträgen)

Der Hauptvorstand des Leipziger Volksbundes: ... (Liste von Namen)

Der Hauptvorstand des Leipziger Volksbundes: ... (Liste von Namen)

## Abrechnung der Hauptkasse

vom 3. Quartal 1920.

Einnahme.	
An Guthaben aus den Zahlstellen	87 506,74
Für Eintrittsgeld, alte Marken	20,75
neue Marken	3 375,50
Beiträge alte Marken à 100 Pf.	1 414,--
„ „ „ „ „ „ „ „	220,80
neue Marken à 350	188,80
„ „ „ „ „ „ „ „	229 968,--
„ „ „ „ „ „ „ „	801 400,--
„ „ „ „ „ „ „ „	282 476,--
„ „ „ „ „ „ „ „	107 250,--
„ „ „ „ „ „ „ „	88 002,--
Erwerbslosenmarken, alte à 20 Pf.	29,--
neue à 50	15 542,--
Für geliefertes Material an die Zahlstellen	2 748,90
Abonnements und Patente	1 028,08
Su viel gefandte Streifenunterstützung, sonstige Einnahmen (Kassen usw.)	14 891,00
a conto-Zahlungen der Zahlstellen auf 4. Quartal 1920	11 112,71
Summa	181 285,08

  

Ausgabe.	
Für Material und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Vorkaufungen	59 000,--
b) Zentralkassier	8 811,10
c) Zuschuß für Sozialkassen	25 364,68
d) Tarifberatungen Reichs- und Bezirks-	
tarife	6 282,--
Summa	94 457,72

  

Für Unterstühtungen:	
a) Arbeitslosenunterstützung	49 569,55
b) Reiseunterstützung	98,10
c) Krankenunterstützung	60 458,15
d) Sterbeunterstützung	2 080,--
e) Streitunterstützung	152 361,58
f) Gemäßregelterunterstützung	351,--
g) Hausunterstützung	210,--
h) Krankunterstützung	500,--
i) Rechtschutz	710,--
Summa	206 383,33

  

Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	31 891,10
b) Versicherungsbeiträge	2 284,90
c) Revisionen und Vorstandsbildungen	1 053,80
d) Verbandsanschluß	—
e) Zuschüsse im Bureau	4 284,40
f) Mantelgeb.	76,--
Summa	39 589,20

  

Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureauinhalte, Heizung, Licht	1 006,75
b) Telefon, Schreib- und Buchmaterial	1 852,70
c) Porto, Postgebühren, Straßporto	3 450,--
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	18 818,20
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	73 992,85
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	1 428,88
g) Verwaltung und Kopierkosten für Wertpapiere	25,--
h) Postgebühren	64,38
i) Sonstige Ausgaben	2 293,20
Summa	101 980,51

  

Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	4 635,--
b) Honorar für Mitarbeit.	3 072,70
c) Expedition	8 000,--
d) Druckkosten und Papier	23 182,53
e) Adressen und Streifenbücher für Versand	617,--
f) Porto, Fracht und Nachgeb.	11 203,05
g) Gewerkschaftliche Frauenerziehung	987,45
Summa	42 902,75

  

Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	
Beitrag a. d. deutschen Gewerkschaftsbund	3 448,40
Delegationen und Konferenzen	4 253,30
Anteil der Sozialisten an den Beiträgen	243 632,32
Guthaben der Zahlstellen vom 2. Quartal 1920 zurück	4 998,20
Summa	255 737,12

  

Bilanz	
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1920	1 058 297,02
Einnahme 3. Quartal 1920	1 312 858,08
Bestand und Einnahme	2 371 155,--
Ausgabe 3. Quartal 1920	806 576,88
bleibt Bestand der Hauptkasse	1 564 578,12
Davon waren beim Abschluß noch in den Zahlstellen	114 894,53
bleiben in der Hauptkasse	1 449 683,59
Leipzig, im Dezember 1920. Ludwig Geist, Kassierer.	
Die Revisoren: ges. Albert Schlegel, Paul Rödel, Heinrich Caspari, Thomas Hanz.	

## Abrechnung der Zahlstellen

für das 3. Quartal 1920.

Einnahme.	
An die Hauptkasse nicht überanderte Beträge	114 894,53
Anteil der Sozialisten an den Beiträgen	243 632,32
Verbandsbeitrag auf die Beitragsarten	117 217,80
Sonstige Einnahmen	19 295,88
Erhaltener	2 452,70
Sammelzinsen	290,50
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	3 995,85
Summa	501 749,05

  

Ausgabe.	
Erwerbslosenunterstützung am Ort	28 041,80
auf der Reise	814,68
bei Krankheit	20 820,25
Streitunterstützung	21 290,36
Gemäßregelterunterstützung	31,--
Sterbeunterstützung	280,--
Reiseunterstützung	285,50
Agitation	5 769,--
Verwaltung, persönliche	79 045,43
sachliche	28 303,74
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	16 751,02
Delegationen und Konferenzen	18 569,01
Sonstige Ausgaben	18 416,45
Guthaben bei der Hauptkasse	11 112,71
Bestand der Hauptkasse zurück	37 506,74
Summa	284 065,69

  

Bilanz	
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1920	331 338,71
Einnahme im 3. Quartal 1920	501 749,05
Bestand und Einnahme	833 087,76
Ausgabe im 3. Quartal 1920	284 065,69
bleibt Bestand	549 022,07
Davon gehört der Hauptkasse	114 894,53
bleibt in den Zahlstellen	434 127,54
Leipzig, im Dezember 1920. Ludwig Geist, Kassierer.	

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Rechenbach a. R.** Die Mitglieder der Zahlstelle werden dringend ersucht, ihre Verbandsbücher vom 28. bis 30. Dezember in Ordnung mit der Bezeichnung an die Erwerbslosenverwaltung einzuliefern. Die Umzeichnung auf die neuen Mitgliedsbücher erfordert ziemlich Arbeit, die uns durch pünktliche Einlieferung erleichtert werden kann; die Unterlassung mögen in diesem Sinne wirken.  
Die Zahlstellenverwaltung, J. A. Otto Jenner.  
Kassierer (Mitglied). Kollegen, die vom 1. September ab im Rechenbach Verbandsbüchern gearbeitet haben, wollen sich an die Zahlstelle, an der sie tätig waren, wenden, wegen der Lohnabrechnung, mit genauer Angabe der Stunden- oder Arbeitslohn.  
J. A. Otto Jenner, Kassierer.  
Mengen Der Kass. Fr. W. K. Reiser, Kassierer, geb. 14. 11. 82 in Mengen, wird ersucht, seine Adresse zur Regelung von Konten an seine Angehörigen zu senden.

## Briefkasten.

**Wichtig!** Durch ein Versehen des Setzers ist in dem Artikel Nr. 51 „Etwas Persönliches“ ein unverständlicher Satz enthalten. In der zweiten Spalte muß der 5. Absatz heißen: „Sibura: Einen Anzug und einen Uster müssen Sie mir kaufen, den dazu gehörigen Hut und Stiefel werde ich schon von einem anderen Unternehmer bezahlet erhalten.“  
**Schriftführer und Briefschreiber!** Beachtet bitte bei Einsendungen für den „Steinmetzen“:  
1. Beschreibe niemals beide Seiten.  
2. Schreibe nicht mit Bleistift.  
3. Kürze keine Worte, sondern schreibe jedes Wort vollständig aus.  
4. Korrigiere keine Worte, sondern streiche Falsches aus und setze das Richtige daneben oder darüber.  
5. Nimm nicht zu große Bögen.  
6. Schreibe die Zeilen nicht zu eng.  
7. Schreibe niemals „gestern“ oder „heute“, sondern dafür stets das Datum.  
8. Personennamen immer recht deutlich.  
Der Redakteur hat keine Schreibhilfe und keine Zeit, die Einsendungen nochmals abzuschreiben.

**Kamenz.** Jedenfalls besteht am Ort ein Mieteinigungsamt? Dem sind die Fälle zu unterbreiten: 1. für Umhebung des Ofens, 2. für Entschärfung des eigenen Ofens, 3. Kürzung des Mietzinses für Wegnahme der Bodenlampe, 4. die Wohnung kann unter gewissen Voraussetzungen gekündigt werden; wird diese ausgesprochen, dann das Mieteinigungsamt anrufen.

## Adressenänderungen.

**2. Gau.**  
Bautzen. Kass.: Roman Rogisch, Krakauer Straße 28.  
**4. Gau.**  
Den Zahlstellen zur Kenntnis, daß der neugewählte Gauleiter mit dem 1. Januar 1921 seine Tätigkeit aufnimmt. Adresse: Wilh. Tischler, Bremen, Monstr. 108, II.  
Ebed. Vorf.: Rudolf Röberl, Vorwerkstr. 6; Kass.: Otto Duffe, Adlerstr. 39 II.  
**5. Gau.**  
Der neugewählte Gauleiter nimmt ebenfalls mit dem 1. Januar 1921 seine Tätigkeit auf. Adresse: Adolf Nenge, Frankfurt a. M., Nibelungen-Allee 13, III.  
**6. Gau.**  
Delbeshem (früher Zahlstelle Dürheim. Vorf.: Michael Rau, Delbeshem; Kass.: Ironymus Weisbrodt, Niederlischen.  
**7. Gau.**  
Dilligen a. Donau. Vorf. u. Kass.: Rudolf Hausch, Seelgasse 7.  
**8. Gau.**  
Wiltshausen. Vorf.: Emil Holzer.

## Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die verjüngte Frau. Neue lustige Geschichten von Th. Thomas. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 3 Mark.  
Dem ersten Band der lustigen Geschichten „In Pater's Hofen“ folgt jetzt, gerade noch zum Weihnachtsfest zurecht kommend, der zweite Teil, mit dem humoristischen Titel „Die verjüngte Frau“. Thomas ist ein guter Erzähler, voll köstlichen Humors. In seinen Geschichten hat er immer etwas besonderes zu sagen; auch dort, wo wir nur lachen, lachen zu müssen, gibt er zu denken auf. Wer sich deshalb einige angenehme Stunden verschaffen will, der laufe diese neue Ausgabe.

## Berichtungs-Anzeige.

Kein Mitalied soll fehlen.  
Mittwoch, den 2. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Baumgartner.

## Anzeigen

Kollege Johann Reimer wird ersucht, sein Gepäck beim Kollegen M. Menzel, Granitwerk Wersau (Odenw.), abzuheben.

## Bibliothek für neue Mark

erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitsnennbuch“, enthält alles, was man im täglichen Leben nach wissen muß, z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Heereswesen, Finanzen, Straßengesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitervereine, Wirtschaftssysteme, Parteienwesen, Reduktion, Massenpsychologie, Sozialtrübsand, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsräte, Soziale Versicherung, Reichsversicherungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialismus, G. w. u. b. teilung, Indexziffern, Taylorismus, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, K. kommen usw. Preis 9—Mark beim Volkerverlag für Wirtschaft u. d. Verkehr Stuttgart, Pfaffenstraße 5. [14]

## Wehrs Steinhauerbesten

Bestell jedes Quantum  
Gz. Wehr, Steinmetz Neustadt Aisch (Bayern).

## Konferenz der Muschelkalkarbeiter Frankens

findet am Sonntag, dem 9. Januar vorm. 9 Uhr in Würzburg, im Restaurant Fallstaff Semmelstraße 46, statt.  
Vorläufige Tagesordnung: 1. Bericht von der Beiratskonferenz, 2. Einheitsliche Beitragsleistung im Bezirk, 3. Tarif-Lohn- und Urlaubsfrage, 4. Abrechnung der Bezirkskasse, 5. Wahl der Bezirksleitung, 6. Verschiedenes. Laut Handschriften entfallen auf je 5 Mitglieder 1 Delegierter usw. Branchen sind zu berücksichtigen. Alle Zahlstellen müssen vertreten sein.  
Der Bezirksvorstand: J. Homkeppeler.

## Leht. Schriftführer und Zeichner für sofort gesucht, durchaus tüchtiger Maschinenschleifer

auf Hart-Fein (Handarbeit) kann sofort eintreten.  
C. & P. Quirbach, Betzdorf (Sieg).

## Steinmetzen

für monumentale Denkmalarbeiten in Muschelkalk bzw. Sandstein zu sofort gesucht. Stundenlohn laut Tarif 5 Mark.  
Dreier Unterstadt.

## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen nur allgemeinen Charakter haben.)  
In **Blasberg** wurde der 1916 im Felde vertriebene Steinmetz **Andreas J. Hübner**, 29 Jahre alt, für tot erklärt.  
In **Deusold** (veripätel gemeldet) der Steinmetz **Heinrich Ein**, 40 Jahre alt, an den Folgen seiner Kriegsverletzung.  
In **Hastigt** am 14. November der Hilfsarbeiter **Paul Katterbe**, 51 Jahre alt, Grippe.  
In **Deffau** am 5. Dezember der Sandsteinmetz **August Wegener**, 35 Jahre alt, Lun entüberlunde.  
In **Dösch** am 14. Dezember der Brecher **Karl Dreier**, 40 Jahre alt, Schlaganfall.  
In **See** am 16. Dezember der Brecher **Karl Hiele**, 29 Jahre alt, Betriebsunfall.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Eberold, Leipzig von Hugo Walthert, beide in Leipzig.  
Gedruckt in der „Freien Presse“ Leipzig.

## An die Mitglieder des 4. Gaus.

Zum zweitenmal tritt innerhalb eines Jahres ein Personenwechsel in der Leitung des Gaus ein. So fördert ein solcher unter Umständen sein kann, so schädlich und hemmend kann er auch wirken, namentlich dann, wenn er nicht rechtzeitig erfolgt. Dieses war bei der durch Krankheit und Tod unseres verdienten Kollegen B i e w i g bedingten Neubestellung der Fall. Ein lohnbares Vierteljahr hätte sich ziemlich ungenutzt dahin, wenigstens in den Jahrestellen und Bezirken, die auf die Hilfe des Gauleiters angewiesen waren oder es zu sein glaubten. Wir haben in den einzelnen Jahrestellen unsere Kollegen, daß man diese Annahme nicht so ohne weiteres gellen lassen kann. Erschwerend fiel allerdings ins Gewicht, daß die Unternehmer sich den Zustand zunutze machten, örtliche und betriebliche Verhandlungen ablehnten, und auf bezügliche Regelung bestanden.

Die zur Wiederbesetzung des Gauleiterpostens (Ende Mai) war die Vorbereitung zur E r t a m p f n g besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschwunden. Die noch jetzt andauernde Stodung im Wirtschaftslieben trat ein, die den Unternehmern ermöglichte, ihre im Frühjahr begonnene Verschleppungspolitik fortzusetzen. Nun drehten sie den Spieß um und zogen betriebsweise Regelung vor. Nicht wenig trug zur Verzögerung der Bewegung auch der schieppende Gang des Schlichtungsverfahrens bei, während die Unternehmer unter Führung ihres Verbandes systematisch alle von uns erzielten Schiedssprüche ablehnten. Die Vergeltung hierfür wird nicht ausbleiben. Vorderehandlung konnte der Erfolg unserer Tätigkeit (unter den erschwerten Umständen) weder die Kollegenchaft, noch die Gauleitung befriedigen. Da bezirksweise keine annehmbaren Ergebnisse zu erreichen waren, mußten wir uns auf betriebsweise Lohnaufbesserungen beschränken, die in den meisten Betrieben, wenn auch in völlig unzureichendem Maße eintraten. In folgenden, seit und nach dem 1. Juni eingetretenen Lohnaufbesserungen bzw. Teuerungszulagen hat die Gauleitung beigetragen: A d e l e b e i n 20 Prozent, B e r e n s 15 Prozent, B r e n n 15 Prozent, C h e r a u l a 15-20 Prozent, C u d e n s b e r g 15 Prozent, E i t e r h a g e n 20 Prozent. In der „Gähe“ des B u s c h l a g e s kommt meist nur der Mißstand zum Ausdruck, in welchem sich der Lohn befindet und zum Teil noch befindet. Im günstigsten Falle hat nur ein Ausgleich mit gleichartigen Betrieben stattgefunden. Die ungenügende Entlohnung hat viele Kollegen veranlaßt, besser bezahlte Beschäftigung in anderen Berufen aufzusuchen. Eine Folge hiervon ist das Eingehen der Jahrestelle O r a f e n h o r s t, ein Verlust der durch Neugründung der Jahrestelle W e l p e (Braunschweig) wieder wettgemacht worden ist. In die Klage der Unternehmer über Mangel an Aufträgen mischt sich mehr und mehr der Ruf nach ausländischen Arbeitern, um dem entstehenden, wenn nicht absichtlich herbeigeführten, so doch nicht ungeraten Mangel an einheimischen Steinbrucharbeitern zu beheben. Demgegenüber müssen wir nach wie vor bestrebt sein, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Industrie so günstig zu gestalten, daß deutsche Arbeiter, von denen genügend ohne Beschäftigung vorhanden sind, eine auskömmliche Existenz in unserm Berufe finden.

Wieder Arbeitsbeschaffung wandten wir uns mit einer Eingabe an 288 Kreis-, Gemeinde- und Eisenbahnbehörden des Gaus, von denen einzelne im zustimmenden, andere im unermöglichten Sinne, die meisten jedoch überhaupt nicht geantwortet haben! Dennoch hoffen wir, daß die Eingabe nicht vergeblich gewesen ist, wenn ihr Erfolg auch vorläufig äußerlich nicht in Erscheinung tritt.

Durch die Wahl zum Vorsteher des Verbandes ist es mir leider nicht vergönnt, in dem mir liebgeordneten Wirkungsbereich zu verbleiben. Allen Mitarbeitern, insbesondere denen, welche die Hilfe der Gauleitung gar nicht in Anspruch genommen haben, für die geleistete Unterstützung dankend, bitte ich gleichzeitig, dieselbe auch meinem Nachfolger, dem Kollegen F a s c h o e d e l, B r e m e n, zu teil werden zu lassen.

Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte und ihre zweckmäßige Anwendung werden wir dem vereinten Unternehmertum gegenüber im Produktionsprozeß die uns gebührende Stellung einzunehmen und halten können. Ich wünsche, daß in diesem Ringen der 4. Gau hinter anderen Gauen nicht zurückbleibt, und werde auch in meiner neuen Stellung selbstverständlich zur Förderung der wirtschaftlichen Lage der Kollegenchaft des Gaus beitragen, soweit es im Rahmen des Gesamtverbandes möglich ist.

E r n s t B i n d l e r.

## Zweiter Internationaler Gewerkschaftskongress.

### III.

#### Die Valutafrage

behandelt J o u h a u z (Frankreich) an Hand einer umfangreichen Untersuchung, die den Delegierten vorliegt. Die augenblickliche Lage der Weltwirtschaft ist verheerend für alle Länder, auch für die mit hohem Kursstand, da sie in den Ländern mit schlechterem Kurs nichts mehr absetzen können. Wenn nicht noch schlimmere, unabsehbare Folgen eintreten sollen, müssen praktische Schritte zu einer internationalen Regelung des Finanzwesens erfolgen. Die Untätigkeit der Regierungen auf diesem Gebiete ist die Folge ihrer Abhängigkeit von der Hochfinanz. Besonders ist eine schnelle Festlegung der Entschädigungsansprüche erforderlich, damit eine internationale Anleihe möglich werde. Leider sind die Regierungen, besonders die Alliierten, immer noch gegen diese Forderung, weil sie aufeinander davon eine Erhöhung Deutschlands, die doch zu ihrem eigenen Vorteil nötig ist, befürchten. Wir französischen Arbeiter sind entschlossene Internationalisten und für die Ausöhnung aller Völker, auch mit unseren deutschen Arbeitsbrüdern.

In der am Freitag fortgeführten Aussprache wendet sich ein italienischer Vertreter erneut dagegen, daß auch diese Frage durch die vorliegende Entscheidung dem Völkerbunde überwiesen werden soll. Auch er ist besonders für den Teil des Antrages, der die Annullierung der Kriegsschulden vorschlägt und würde mit seinen Freunden gern leben, wenn auch die Streichung aller Entschädigungsforderungen verlangt würde, weil erst dann eine wirkliche Erleichterung der internationalen Lage eintreten könnte. Die von J o u h a u z geforderte Beilegung der Spekulation halten wir jedoch unter dem kapitalistischen System für unmöglich.

Die nachfolgende Resolution wurde gegen die Stimmen von Norwegen, Italien und Kanada angenommen. Nur gegen den die Annullierung der Kriegsschulden betreffenden Absatz stimmten Belgien und Kanada, während die englische Delegation sich hierbei der Abstimmung enthielt. Die ursprüngliche Entscheidung und der ergänzende Bericht der Kommission dazu lautet wie folgt:

In Erwägung, daß die Wirkungen der Valutafrage nicht nur vornehmlich für die vom Kriege betroffenen Länder, sondern auch die des internationalen Austauschverkehrs und in deren Gefolge entstehende industrielle Krisen, unter denen die Arbeiter leiden, weißt der Internationale Gewerkschaftskongress darauf hin, daß ein solcher Zustand nicht andauern kann, ohne den Umlauf der Rohstoffe und Fertigfabrikate, die Nahrungserzeugung der Länder, den Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten zum Stillstand zu bringen, daß dieser Zustand des Bankrotts, in dem sich tatsächlich viele Länder befinden, begleitet ist von ungehörlicher Prosperität der Finanzinstitute, welche die entsetzlichen Folgen des kapitalistischen Systems aufzeigt, das die Börsenspekulationen, die unersättliche Erziehung der Valuta, die unbegrenzten hohen Preise der Lebens- und

Bedarfsmittel begünstigt und so für die wachsende Hungersnot der Völker verantwortlich ist.

Demgemäß erklärt der Kongress, daß die Lösung der internationalen Finanzprobleme mit der wirtschaftlichen Aktivität und der soliden Existenz der Völker untrennbar verbunden ist.

empfehlend der Kongress die allgemeine Annullierung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege resultieren, als eines der radikalsten Mittel, die anzuwenden sind, um fortan den Wirkungen der Valutafrage entgegenzuwirken; nationale, und liberale wo dies möglich ist, internationale Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die maßlosen Emissionen zu verhindern und einen anomalen Goldumlauf einzuschränken; die hierzu erforderlichen Mittel wären durch Unterdrückung unnötiger Ausgaben, besonders für militärische Zwecke, zu beschaffen, wie auch durch beträchtliche Vermögenssteuern.

Der Kongress legt jedoch das Hauptgewicht auf internationale Maßnahmen, ohne die die Verträge der einzelnen Länder vergeblich bleiben müßten, und ohne welche auch die größte Zahl der Nationen selbst nicht zu wirken vermögen. Diese internationalen Maßnahmen müssen weitergehen als die Eröffnung von Handelsverträgen. Sie können nur durchgeführt werden, indem dem Völkerbunde oder einer diesem unterstehenden Organisation die Ausgabe internationaler Anleihe, hergestellt durch die wirklichen Reichtümer und Hilfsquellen aller Völker ohne Ausnahme, übertragen wird. Ihr Erfolg würde unter der Kontrolle des Völkerbundes den verschiedenen Ländern zugeteilt werden, entsprechend ihrer Bedürfnisse, um zur Hebung ihrer Finanzlage und zum Zwecke ihres Wiederaufbaues und der Behebung ihrer Produktion, unter Ausschluß jeder anderen Ausgabe, verwendet zu werden. Der Kongress betont besonders, daß diese Maßnahmen keineswegs militärischen Zwecken dienen müssen, damit alle Anstrengungen der Völker auf den allgemeinen Frieden hingelenkt seien.

Der Kongress erklärt, daß diese Maßnahmen, deren Verwirklichung sich auf eine gewisse Frist verteilen wird, nicht unabhängig von den übrigen Forderungen der Arbeiterinternationalen betrefis der Produktion, der Verteilung der Rohstoffe und die Kontrolle des Transportwesens, erfolgen dürfen. Sie müssen ebenso wie diese letzteren zu einer Solidarisierung aller Völker für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit führen.

#### Bericht der Valutakommission.

Die mit dem Studium der Valutafrage beauftragte Kommission hat dem Bericht und ebenso der Resolution, die ihr vorgelegt wurden, zugestimmt.

Nur einige kleine Abänderungen wurden im Bericht vorgenommen und ebenso im § 4 (französischer Text Seite 24) eine neue Formulierung auf Wunsch des deutschen Delegierten, Genossen Urban, vorgenommen, welcher bemerkte, daß in verschiedenen Ländern, vornehmlich in Zentraluropa diese Erhöhung der Lebenslage nur für einen Teil der Bevölkerung zutrifft. Die Arbeiterklasse sieht jedoch infolge der Teuerung in einer Lage befindet, mit der die Erhöhung der Löhne weit entfernt ist, Schritt zu halten.

Die anderen Abänderungen waren hauptsächlich redaktioneller Art. Die Resolution wurde auf Antrag der holländischen Delegierten wie folgt ergänzt:

Im ursprünglichen Text hieß es: Der Kongress empfiehlt die Annullierung der internationalen Kriegsschulden als eines der Mittel, das geeignet wäre, den Wirkungen der Valutafrage heute schon zu begegnen, ferner die Feststellung und gerechte Verteilung der Wiedergutmachung, die Begleichung der Ausgaben durch den Völkerbund; diese Maßnahmen wären geeignet, für die verheulenden Völker eine Besserung ihrer Valuta herbeizuführen.

Die Aufnahme dieser Forderung der Festlegung und Begleichung dieser Forderungen durch den Völkerbund geschah aus der Erwägung, daß eine derartige Maßnahme, die die gegenseitigen Verpflichtungen der Staaten feststellt, die unerlässliche Stabilisierung der Valuta zur Folge hat.

Der englische Delegierte protestierte gegen die von dem holländischen Delegierten vorgeschlagene Streichung mit der Bemerkung, daß diese Resolution ein internationales Dokument darstellt, in welchem keine Bestimmungen hinsichtlich der Wiedergutmachung aufgenommen werden können.

Derartige Stipulationen bedeuten eine moralische Verpflichtung, die nur diejenigen Völker verpflichtet, die direkt an der Wiedergutmachung interessiert sind. Die neutralen Länder sind an dieser Regelung nicht interessiert.

Die abgeänderte Resolution wurde mit 9 gegen 2 Stimmen des norwegischen und italienischen Delegierten angenommen. Letztere haben erklärt, daß es unmöglich sei, innerhalb des gegenwärtigen Systems eine Besserung des bankrotten Zustandes zu erwarten, solange nicht der Sozialismus verwirklicht sei.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Sozialisierung.

Berichterstatter D u d e g e s t, Sekretär (Holland). Er hat dem Kongress eine größere Druckschrift vorgelegt, in der er den Zustand der heutigen Wirtschaft nachweist und den heutigen Stand der Sozialisierungsfrage in den hauptsächlichsten Ländern aufzeigt. Er ergänzt diesen Bericht durch längere mündliche Ausführungen, in denen er besonders auf die im jetzigen System der Produktion bedingte Verschwendung an Material und Arbeitskraft hinweist. Die Kriegsschulden aber haben bei allen Völkern die Ueberzeugung wachgerufen, daß es so nicht weitergehen kann. Sie lehnen es ab, weiterhin nur für die Profitgier der Kapitalisten tätig zu sein, die die Produktion sogar künstlich einschränken, wenn ihnen dies vorteilhafter erscheint. Der Redner führt eine Reihe von frappanten Beispielen aus letzter Zeit an, die die Behauptung stützen. Die britischen Fabriken liegen sogar fürzlich einen Teil des überreichen Frankreichs wieder ins Meer werfen, während die Deutschen ihre Schiffe auslegen, um die Preise hochzuhalten. Die Kommission hat einstimmig der vorgeschlagenen Festlegung zugestimmt, die zunächst nur die sofortige Sozialisierung jünger Zwecke fordert, da man den einzelnen Ländern überlassen will, je nach ihren Verhältnissen die gleiche Forderung auf andere Industrien auszuweihen.

D i s m a n n (Deutschland) begrüßt die Behandlung der Frage der Sozialisierung, die das wichtigste Problem der Zeit für die Arbeiter darstellt, durch den Internationalen Gewerkschaftskongress. Sie wird dazu beitragen, die Einheit der Arbeiter aller Länder zu erhalten oder wiederherzustellen, doch müsse sie durch die Macht der Gewerkschaften selbst, nicht durch Verträge mit dem Völkerbunde, gelöst werden. Zu diesem Zwecke sollte der Internationale Gewerkschaftsbund die Verbreitung wirtschaftlicher Kommunität in die Hand nehmen.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen wurde der Kongress der Resolution zu. Ihr Wortlaut ist wie folgt:

Der am 22. November und den folgenden Tagen in London versammelte Internationale Gewerkschaftskongress verwirft die kapitalistische Produktionsweise, die die Arbeiter in großen und nur Einzelpersonen Vorteile bringt.

Mit Rücksicht auf die große Teuerung, die die materielle Lage der Arbeiterklasse noch weiter verschlechtert und außerdem auf die außerordentlichen Gewinne der großkapitalistischen Unternehmen, in weiterer Berücksichtigung des in fast allen Ländern bestehenden Mangels an notwendigsten Bedarfsartikeln, dem gegenüber die kapitalistischen Unternehmen absichtlich die Produktion einschränken, um durch erhöhte Preise ihre Uebergewinne einzubehalten, erklärt der Kongress, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, für die Interessen und die Erhöhung des Reichtums und der Macht einer kleiner Kapitalistenklasse zu produzieren.

Der Kongress weist darauf hin, daß dieser Zustand der Arbeiter aufs ergötzt berührt und ihnen das Recht wird die Pflicht auferlegt, sich darüber klar zu werden, daß eine möglichst große Menge der Bedarfsgegenstände der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden muß, daß diese unerlässliche Produktionssteigerung jedoch nur in einem neuen Produktions- und Wirtschaftssystem verwirklicht werden kann, in dem

die Arbeit der Schöpfenden auch direkt den Interessen der Gesamtheit dienbar gemacht wird, der Unternehmerprofit ausfällt und die Kapitalisten nicht mehr die Macht haben, diese Bestrebungen zum Nuzen ihrer egoistischen Interessen zu hemmen.

Diese Besserung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn dieses neue System verwirklicht wird. Der Kongress fordert daher im Interesse der Gesamtheit die Sozialisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel.

Er hält es für erforderlich, daß sofort die Sozialisierung der Bodenschätze (Kohle, Erze, Salze, Phosphate usw.) und aller Transportmittel, wie überhaupt all dergleichen Produktionszweige begonnen wird, deren Sozialisierung dem Proletariat des betreffenden Landes durchführbar erscheint.

Diese Umstellung darf jedoch nicht in der Weise vorgenommen werden, daß dem kapitalistischen Staat die Kontrolle dieser Industrien übertragen wird, sondern in aktiver Beteiligung der Gesamtheit an der Kontrolle durch die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Beauftragten. Der Kongress fordert außerdem, daß für die noch nicht sozialisierten Industriezweige diese Umstellung vorbereitet und betrieben werden muß durch das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, das den organisierten Arbeitern im Unternehmen zu sichern ist.

Der Kongress fordert die Arbeiter der ganzen Welt auf, ihre ganze wirtschaftliche und politische Macht im Einvernehmen mit den tätigen Genossen ihrer verschiedenen Organisationen zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Er beauftragt das Bureau der Gewerkschaftsinternationalen, sich mit den internationalen Berufssekretariaten der Bergarbeiter, Seeleute und übrigen Transportarbeiter in Verbindung zu setzen, um das erstrebte Ziel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln (sobald als möglich) zu erreichen.

#### Eine Antwort an die Moskauer Internationalen

ist von einer Kommission bearbeitet worden. Sie gibt Anlaß zu einer längeren interessanten Aussprache. Die italienischen und die norwegischen Delegierten erklären, daß auch sie die Angriffe der Moskauer auf den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht gutheißen, aber der Resolution nicht zustimmen können, weil darin eine Zustimmung zur Festlegung gewisser Landeszentralen während des Krieges erblickt werden könnte.

G r i s s o n (Belgien) verlangt, daß man endlich diejenigen Landeszentralen nenne, gegen deren Haltung man etwas einzuwenden habe. Auch möchte man wissen, ob D'Arragona, der Führer der italienischen Delegation, in Moskau Verpflichtungen eingegangen sei, die ihn zwingen, die Gewerkschaftsbewegung in die Moskauer Richtung zu drängen. Der Kongress beabsichtigt keinerlei Angriffe gegen die russischen Arbeiter, da man sehr wohl zwischen den dortigen Unterdrückten und Unterdrückten unterscheiden könne. Die Leiter der Moskauer Gewerkschaftsinternationalen seien meist Intellektuelle, von deren früherer Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete niemand etwas bekannt sei.

D'Arragona beruft sich auf seinen Sonderbericht an den Kongress, der die Resolution enthält, die er für den italienischen Gewerkschaftsbund in Moskau unterschrieben hat. Darin wird die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen als unfähig abgelehnt. Ferner heißt es darin, daß 1. die linksstehenden Elemente in den Gewerkschaften geschäftig, dagegen die Führer, welche den Krieg unterstützten oder am Völkerbund mitarbeiteten, beiseite gesetzt werden sollen; 2. in den Gewerkschaften die bekannten kommunistischen Zellen geschaffen und 3. ein internationales Komitee geschaffen werden soll, das als Internationales Gewerkschafts-Komitee diese und ähnliche Aufgaben durchführen soll. Der Redner sagt, daß er diese Forderungen für nötig hielt, obwohl die italienischen Gewerkschaften der Moskauer Internationalen nicht angeschlossen sind — im Gegensatz zur Partei — und in der Zeitung sich Kommunisten nicht befinden. Wenn der Kongress diese ihre revolutionäre Haltung nicht dulden wollte, so würden sie natürlich die Forderungen daraus ziehen.

F i m m e n (Sekretär) meint, diese Debatte hätte erspart werden und das Verhältnis zu den Italienern besser sein können, wenn diese den ihnen zugebilligten und heute noch offen gehaltenen Sitz eines Präsidiums im Vorstände des Internationalen Gewerkschaftsbundes befehlig hätten.

Nachdem Stenhuys (Niederlande) ausführlich die Argumente der Moskauer und der Italiener erörtert und zurückgewiesen und ihre unlogische Haltung dargelegt hatte, wurde bei Stimmeneinstimmung der italienischen und gegen die Stimme der norwegischen Delegation die nachfolgende Entschließung angenommen:

„Der Außerordentliche Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dessen Tagung in London 26 000 000 organisierte Arbeiter in 18 Ländern vertreten sind,

nimmt Kenntnis von den erneuten Angriffen und Verleumdungen, die gegen diesen Kongress von den Führern der Dritten Internationale gerichtet wurden, Verleumdungen und Anwürfe, wie sie keineswegs als angemessene Erörterungsformen unter freien und kultivierten Menschen angesehen werden können.

Der Kongress bemerkt, daß das jüngste Manifest einerseits die Unterchriften von Lenin, Sinowjew, Kappel, Bela Kun u. a., andererseits aber auch die von Tomsky, Sosnowsky, Kommer und Chabine trägt, die entgegen dem Tatsachen behaupten, daß sie einen Internationalen Gewerkschaftsbund vertreten.

Der Kongress bemerkt ferner, daß die Unterzeichner dieses Manifestes ihre Kriegserklärung in dem Maße zusammenfassend, daß die sozialistische Moskauer Internationale die „gelbe“ Amsterdamer Internationale zertrümmern werde.

Der Kongress nimmt mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Dinge an, daß diese Angriffe nicht von dem Proletariat Russlands herzuführen, daß man dieses daher auch in keiner Weise dafür verantwortlich machen darf.

Weiter betont der Kongress, daß diese verleumderischen Kritiken und diese Kriegserklärungen entweder nur die völlige Unwissenheit über die Zusammenfassung und die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes darlun oder aber den unbestreitbaren besten Willen beweisen, der dem unheilvollen Wunsch entspricht, die Arbeiterorganisationen aller Länder zu vernichten.

Der Kongress weist mit allem Nachdruck die gegen ihn und die internationale Arbeiterbewegung gerichteten Verleumdungen zurück. Indem der Internationale Gewerkschaftsbund sich gegen alle diese Verleumdungen wendet, erklärt er, daß er sich weder spalten noch vernichten lassen wird.

Er sichert den angeschlossenen Zentralverbänden volle Autonomie und Bewegungsfreiheit zu, aber er gebietet ihnen auch, allen Auforderungen außenstehender Körperlichkeiten, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationalen zu unterstützen, den Gehorsam zu verweigern.

Der Kongress bestätigt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Zentralverbände aller Länder ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Beilegung des kapitalistischen Ausbeutungssystems richten. Dies geschieht unter voller Berücksichtigung der Lebensbedingungen, der Uebersetzungen und der tatsächlichen Lage in jedem Lande.

Aus diesen Gründen erinnert der Kongress an die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Internationale sich wider die Regierungen gestellt hat die Gegenrevolution unterstützen und die militärischen Unternehmungen gegen die bereits auf dem Wege zur Freiheit vorwärts marchierenden Völker begünstigen.

Trotz dieser Verleumdungen und ihrer Verbreiter richtet der Kongress seinen Appell an das Proletariat Russlands sowie an alle anderen Arbeiter, die über die Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes irreführt wurden.

Der Kongress erklärt ferner seine volle Solidarität und Sympathie mit ihren Leuten und revolutionären Bestrebungen. Er lobt sie ein, daß dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen und durch ihre Kampfkraft die des üblichen Proletariats zu härten und so der

